



Spaltung überwinden - Zusammen kämpfen -

# KLASSENKAMPF ORGANISIEREN



## Das Kapital schlägt zu

Keine Frage: Wir sind in der BRD weit entfernt von ägyptischen Verhältnissen. Doch die Abwälzung der Krisenlasten auf breite Bevölkerungsteile in diesem Land unterstreicht gleichzeitig die Notwendigkeit zum Widerstand. Die Propaganda vom „deutschen Jobwunder“ kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass deutsche Banken, Konzerne und die Regierung die Weltwirtschaftskrise nutzen, um ihre Offensive gegen die Erwerbslosen und Beschäftigten fortzusetzen. Denn hinter dem „deutschen Jobwunder“ steht nichts anderes als eine massive Ausweitung der Leiharbeit, die jetzt bereits die Eine-Million-Marke überschritten hat. Diese Leiharbeit heißt konkret: Ein Drittel Lohn einbußen und ein Arbeitsleben in der Angst, in der nächsten Woche schon wieder gefeuert zu werden.

Doch die Leiharbeit ist nur ein Instrument im Klassenkampf von oben. Mit dem im November letzten Jahres im Bundestag verabschiedeten Sparpaket holt sich die Bundesregierung das Geld bei ALG-II-Empfängern zurück, das sie zuvor zur Rettung deutscher Banken und Konzerne ausgegeben hat. Und nicht zuletzt mit der bereits 2009 im Grundgesetz verankerten „Schuldenbremse“ ist ein Instrument geschaffen worden, um weitere Streichungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge voranzutreiben und einer weiteren Privatisierung öffentlicher Betriebe Tür und Tor zu öffnen. Das heißt für eine Stadt wie Berlin, in der eine Million Menschen von staatlichen Transferleistungen abhängig sind:

- ↳ Zunehmende Verdrängung von Menschen aus ihren Kiezen, weil billiger Wohnraum fehlt.
- ↳ Weitere Einschränkungen der Mobilität, weil die BVG-Preise steigen oder die S-Bahn erst gar nicht fährt.
- ↳ Ein kürzeres Leben, weil die gesundheitliche Versorgung weiter zusammen gestrichen wird.

All diese Angriffe bilden zusammen einen koordinierten Klassenkampf von oben, der darauf abzielt die Widerstandskraft aller Lohnabhängigen zu schwächen und so die Profite des Kapitals zu sichern.

## Schlagen wir gemeinsam zurück!

- Die Offensive des Kapitals scheint unaufhaltbar. Und doch formiert sich auch hier Widerstand:
- ↳ Eine ganze Region ist gegen „Stuttgart 21“ aufgestanden.
  - ↳ Hunderttausende haben sich angesichts der Geschehnisse in Japan in die Anti-AKW-Bewegung eingereicht.
  - ↳ Die Lokomotivführer unterstreichen im Rahmen des GDL-Tarifkampfes ihre Kampfbereitschaft für einen einheitlichen Lohn.

Bei aller Verschiedenheit der Kämpfe, haben diese Bewegungen im Kern eine Gemeinsamkeit: Widerstand gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Produktionsweise, welche existentielle

Unsicherheit und Massenverelendung hervorbringt; Widerstand gegen eine Gesellschaftsordnung, in der mit Polizeiknüppeln und Wasserwerfern gegen AntifaschistInnen in Dresden, Stuttgarter BürgerInnen und Anti-AKW-GegnerInnen in Gorleben vorgegangen wird; und in der die Herrschenden zur Durchsetzung ihrer Profitinteressen bereit sind, über Leichen zu gehen, wie die AKW-Störfälle in Japan und die imperialistische Aggression gegen Libyen zeigen.

Der aufkeimende Widerstand in der BRD wird von einem Gegner bekämpft,

ortverteidigung“ soll auf Kosten der Lohnabhängigen die Vormachtstellung des deutschen Kapitals auf dem Weltmarkt erreicht und die internationale Solidarität der Arbeiterklasse verhindert werden.

- ↳ Mit rassistischer Hetze werden Muslime und MigrantInnen zu Sündenböcken gemacht, für gesellschaftliche Konflikte die der Kapitalismus permanent selbst produziert.
- ↳ Durch forcierte Bundeswehrwerbung vor allem unter Jugendlichen wird der Militarismus in die Gesellschaft getragen und für den Nachwuchs einer kriegerischen Politik um die Ressourcen in der Welt gesorgt.

Das alles zeigt: Das deutsche Kapital und seine politischen Vertreter sind sich einig in ihrem Kampf zur Profitabsicherung. Das heißt aber auch: Wir müssen uns einig sein im Kampf gegen sie. Ob Erwerbslose und Beschäftigte,

Leiharbeiter und Stammbelegschaften, MigrantInnen und Deutsche oder Männer und Frauen: Nur durch einen gemeinsam organisierten Widerstand würde Ruhe einkehren. Doch alle Aufreger hören uns die Zukunft - eine Zukunft ohne Ausbeutung, Krieg, Rassismus und Faschismus. Kurzum: eine sozialistische Zukunft.

## Die Propaganda vom „deutschen Jobwunder“

kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass deutsche Banken, Konzerne und die Regierung die Weltwirtschaftskrise nutzen, um ihre Offensive gegen die Erwerbslosen und Beschäftigten fortzusetzen.

der gut organisiert ist und über weitaus mehr Waffen verfügt als Wasserwerfer und Polizeiknüppel. Politische Waffen kommen in der täglichen Politik der Herrschenden zum Einsatz:

- ↳ Mit Propagandafeldzügen gegen Kommunisten und so genannte „Links extreme“ sollen Kräfte des Widerstandes isoliert und eingeschüchert werden.
- ↳ Durch das Einbinden der Gewerkschaftsführungen in die „Stand-

→ Was vor einem Jahr noch unmöglich schien, ist innerhalb weniger Wochen eingetreten: Eine Revolte hat die arabische Welt erfasst, die in Ägypten und Tunesien die vom Westen unterstützten Diktatoren hinweggefegt hat. Ausgangspunkt dieser Revolten waren soziale Forderungen, Forderungen nach Arbeit und Brot. Und egal, wie die weitere Entwicklung in diesen Ländern auch aussehen mag, es steht schon jetzt fest, dass die ägyptischen und tunesischen Massen der ganzen Welt gezeigt haben: Widerstand ist möglich!

## Solidarität mit dem Streik der Lokführer!

→ Die GDL hat im März und April mehrfach für einen einheitlichen Tarifvertrag für alle Lokführer, unabhängig davon bei welchem Betreiber sie beschäftigt sind, gestreikt. Dabei geht es zum einen um ein einheitliches Entgelt für alle Lokführer. Außerdem fordert die GDL unter anderem eine Absicherung bei unverschuldetem Verlust der Fahrdiensttauglichkeit sowie einheitliche Qualifizierungsstandards und Zugangsvoraussetzungen zum Lokomotivfahrdienst. Wir haben einen Lokführer zum Streik, den Arbeitsbedingungen der Lokführer und zu seiner Einschätzung der Gesetzesinitiative zur Tarifeinheit von DGB und BDA befragt. [Siehe Interview Seite 2.](#)

## Privatisierung von Krankenhäusern heißt Kapitalrendite über alles.

→ Aktuell sind ca. 50 Prozent aller Krankenhäuser privatisiert und damit in der Hand einiger großer Pharmakonzerne. Das Geschäft mit der Gesundheit rechnet sich für die Konzerne hervorragend. Beim Kauf öffentlicher Krankenhäuser werden regelmäßig massiv Beschäftigte „abgebaut“. Die knallharte Rationalisierung zeigt Wirkung. Von den Pflegekräften erwarten nur noch 29,8 Prozent, dass sie bei der bestehenden Arbeitsschicht bis zur Rente durchhalten. Leidtragende sind auch die Patienten. Wir sprachen mit Manfred, der bei Helios im Pflegebereich arbeitet. [Siehe Seite 4.](#)

## Kämpfen wir um unsere Kieze!

→ In den Innenstadtbezirken steigen massiv die Mieten. Auch Nord-Neukölln ist mittlerweile betroffen. Bei Neuvermietungen werden teilweise Kaltmieten von beachtlichen acht bis neun Euro pro Quadratmeter verlangt. Auch wenn es von vielen politisch Verantwortlichen noch geleugnet wird, sind diese Mieten für viele nicht mehr bezahlbar, vor allem nicht für Hartz-IV-BezieherInnen. Mietwohnungen werden in Eigentumswohnungen umgewandelt und aus Fabriketagen entstehen „Lofts“. Wir sprachen mit einer Aktivistin der Stadtteilinitiative Schillerkiez, die sich gegen Verdrängung in Nord-Neukölln und steigende Mieten einsetzt. [Siehe Seite 5.](#)

## „Kein Frieden - Keine Arbeit!“

→ Das war die Parole von 25 000 US-amerikanischen Hafenarbeitern am 1. Mai 2008. Sie bestreikten 29 Häfen von San Diego in Südkalifornien bis Seattle im US-Staat Washington und forderten den sofortigen Rückzug der US-Truppen aus dem Irak. Die Be- und Entladung der Schiffe war völlig zum Erliegen gekommen. In San Francisco versammelten sich die Hafenarbeiter gemeinsam mit mehreren hundert Kriegsgegnern und demonstrierten gegen den Krieg in Afghanistan und Irak. Diese und andere Kämpfe zeigen die enorme Macht, die eine entschlossene ArbeiterInnenklasse gegen die herrschenden Kriegsprofiteure einsetzen kann. [Siehe Seite 6.](#)

## Ägypten: Revolution ist nicht zu Ende.

→ Der Sturz Mubaraks hat die Lage in Ägypten nicht beruhigt. Das Militär hatte gehofft, mit der Entmachtung Mubaraks und der der diskreditiertesten Figuren der Diktatur sowie einigen Versprechungen würde Ruhe einkehren. Doch alle Aufrufe, sich zu gedulden und wieder an die Arbeit zu gehen, blieben fruchtlos. Das Rückrat dieser Kämpfe bilden neben der Jugend die Arbeiterinnen und Arbeiter Ägyptens. Mubaraks Diktatur - das war für sie nicht nur staatliche und politische Willkür. Das waren Hungerlöhne unter der absoluten Armutsgrenze; das waren von korrupten Kostgängern des Regimes veruntreute Lohnfonds und Firmengelder und Korruption in großem Maßstab. [Siehe Seite 7.](#)





# Geschlossenheit durch Kampfbereitschaft

Interview mit dem Lokführer Willy Willuschi, zum Streik der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL).



→ Die GDL hat im März und April mehrfach zu Streiks im Güter- und Personenverkehr aufgerufen. Wie groß war die Beteiligung und wie ist die Stimmung unter den Kollegen?

**Willy:** Die Beteiligung war mit 75 bis 95 Prozent der Mitgliederorganisation der GDL in den jeweiligen Unternehmensbereichen angepasst. Dabei war die Stimmung von Unternehmen zu Unternehmen teilweise völlig unterschiedlich. Bei den einen drückt der Schuh eher bei der Entlohnung, bei den anderen eher bei den Arbeitsbedingungen. Jedes GDL-Mitglied hat daher aus ganz persönlichen Gründen gestreikt. Fast alle Lokführer und auch viele andere Eisenbahner sehen daher im Streik ihre Möglichkeit, um sich für die eigenen Interessen gegenüber den Unternehmensmanagern stark zu machen.

Was fordert die GDL?

**Willy:** Die GDL-Verhandlungsführer fordern folgende grundsätzliche Punkte:

1. Ein einheitliches Entgelt für alle Lokomotivführer in Deutschland auf dem Niveau des Marktführers Deutsche Bahn.
2. Eine Absicherung bei unversichertem Verlust der Fahrtauglichkeit, beispielsweise nach traumatischen Ereignissen während der Dienstausbildung (Suiziden und Arbeitsunfällen).
3. Einheitliche Qualifizierungsstandards und Zugangsvoraussetzungen zum Lokomotivfahrdienst.
4. Regelungen bei einem Betreiberwechsel im Schienenpersonen-nahverkehr (SPNV).
5. Die GDL ist bereit, eine stufenweise Entgeltangleichung bei Privatbahnen auf das Niveau des Flächentarifvertrags zu akzeptieren.

Die GDL-Mitglieder fordern jedoch auf Grundlage ihrer ganz persönlichen Situation zusätzlich auch ihre ganz persönlichen Punkte. Diese finden sich zwar zumeist in den Forderungen der GDL wieder. Doch diejenigen, die ihre Punkte dort nicht wiederfinden, halten mit ihrer Enttäuschung gegenüber der GDL schon jetzt nicht inne. Nicht überall wurden die Gewerkschaftsmitglieder gefragt, welche Punkte ihnen in dieser Tarifrunde wichtig sind.

Die GDL hat kürzlich ein Schreiben der Deutschen Bahn als „verbessertes und damit verhandlungsfähiges Angebot“ bezeichnet und verzichtet vorerst auf weitere Streiks bei der Deutschen Bahn. Wie sieht das Angebot der Deutschen Bahn konkret aus?

**Willy:** Das Angebot unterscheidet sich grundsätzlich nicht von dem, was die Deutsche Bahn schon zuvor angeboten hat. Aus ihrem Interesse, durch einen Flächentarifvertrag der Gewerkschaften, welcher an den Haustarifvertrag der

DB gekoppelt ist, ihre Konkurrenz in Schach halten zu können, hat sie der GDL angeboten mit ihr diese Kopplung einzugehen, oder bei weiteren Streiks der GDL vor Gericht zu gehen. So sieht das derzeit verhandelte Angebot eine Eins-zu-Eins-Kopie des Haustarifvertrages beim Flächentarifvertrag vor. Die weiteren Forderungen der GDL nach einer Altersvorsorge und wirkungsvollen Absicherung bei Fahrtauglichkeit, wird im Rahmen der normalen Haustarifverhandlungen beredet.

Wie verhalten sich die Privatbahnen?

**Willy:** Welche Privatbahnen? In fast allen Eisenbahnunternehmen in Deutschland hängen zumindest anteilig Staatsunternehmen aus ganz Europa mit drin. Zum Beispiel ist Abellio ein Tochterunternehmen der niederländischen Staatsbahn, Arriva Deutschland gehört inzwischen der italienischen Staatsbahn und bei Veolia hängt über Umwegen die französische Staatsbank mit drin. Und genau so verhalten sich die Unternehmen auch. Sie werden nach ihrer Aussage keinen Flächentarifvertrag der GDL auf Niveau der Deutschen Bahn akzeptieren. Weil ihre niedrigeren Löhne überhaupt ihre Existenzberechtigung ausmachen, scheuen sie sich vor einheitlichen Löhnen, wie der Teufel das Weihwasser.

Wie sind die Arbeitsbedingungen bei den Lokführern?

**Willy:** Sie sind sehr unterschiedlich. Wo die Lokführer im Güterverkehr eine recht stressfreie Arbeit haben, aber dafür sehr flexible Arbeitszeiten, die Lokführer im Fernverkehr einen Arbeitsdruck bei relativ annehmbaren Arbeitszeiten, kommen bei den Lokführern der S-Bahn alle belastenden Punkte zusammen. Von nachts um 1.30 Uhr aufstehen, über zwölf Stunden lange Schichten, bis hin zum Feierabend am anderen Ende der Stadt.

Der Bonner Arbeitsrechtler Gregor Thüsing hat in der Süddeutschen Zeitung vom 8. März 2011 gesagt:

„Jede Gewerkschaft die streiken wollte, sollte auch bedenken, inwieweit ihr Vorhaben zwar rechtmäßig ist, aber den politischen Druck zur gesetzlichen Regelung der Tarifeinheit erhöht.“ Der DGB hat zusammen mit dem BDA eine Gesetzesinitiative zur Tarifeinheit eingebracht. Was würde ein Gesetz zur Tarifeinheit für eine Gewerkschaft wie die GDL bedeuten?

**Willy:** Sie könnte ihren Laden zumachen und auswandern. Vielleicht ist es etwas überzogen, aber in den neunzehnhundertdreißiger Jahren wurden schon einmal Gewerkschaften gesetzlich verboten, weil sie nicht mehr ins politische Schema passten. Genau dort sind wir wieder angekommen. Nun passen einige Gewerkschaften nicht mehr in das Schema der geldgierigen Konzerne, also müssen sie entmachtet und mundtot gemacht werden. Vielen KollegInnen und GewerkschaftsfunktionärInnen ist das noch nicht wirklich bewusst geworden, wie es schon einmal in der Geschichte der Fall war, bis es zu spät war. Daher kann die Antwort auf solche Kommentare und gesetzgeberische Absichten nur ein politisch motivierter Streit(k) der betroffenen Gewerkschaften und aller unabhängig denkender Gewerkschafter sein. Das Gesetz soll und wird kommen. Nur wann ist die Frage. Daher können wir in dieser Auseinandersetzung nur gewinnen, wenn wir für unser Recht kämpfen und nicht darüber verhandeln wollen.

## Gesetzesinitiative Tarifeinheit

→ Im Sommer 2010 stellten der Bundesverband Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) und der DGB eine gemeinsame Gesetzesinitiative zur so genannten Tarifeinheit vor. Nach ihrem Willen soll in Zukunft nur noch der Tarif im Betrieb gelten, der mit der mitgliederstärksten Gewerkschaft abgeschlossen wurde.

Was die Initiatoren politisch bezwecken und welche Folgen ein solches Gesetz hätte, das zeigen die Auseinandersetzungen bei der Bahn besonders anschaulich. Die mitgliederstärkste Gewerkschaft bei der DB AG ist die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), die frühere Transnet. Die hat sich sowohl den politischen Privatisierungsvorgaben des Parlaments als auch den Unternehmenszielen untergeordnet. Die tarifpolitischen Folgen: Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten verschlechterten sich kontinuierlich, die Entlohnung blieb völlig unzureichend.

Insbesondere beim Fahrpersonal wuchs der Unmut darüber. Die GDL, in der die überwiegende Mehrheit der Lokführer organisiert ist, sah sich 2007 gezwungen die Tarifgemeinschaft mit der Transnet aufzukündigen, um einen eigenen Tarifvertrag durchzusetzen. Sie forderte neben einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen auch eine kräftige Lohnerhöhung. Die GDL setzte damit ein Zeichen gegen die völlig unzureichenden Tarifabschlüsse der letzten Jahre. „Endlich mal eine Gewerkschaft, die es ernst meint“, so die Stimmung in breiten Kreisen der Bevölkerung. Der Streik der GDL erwies sich als Sand im Getriebe des sozialpartnerschaftlichen Tarifgeschachers durch Transnet als auch der anderen DGB-Gewerkschaften.

Das soll, geht es nach dem gemeinsamen Willen von BDA und DGB, in Zukunft nicht mehr möglich sein. Wird ihre Initiative Gesetz, dann dürfte die GDL keinen Arbeitskampf mehr führen, wenn die EVG als mitgliederstärkste Organisation sich mit der DB AG geeinigt hätte. Die GDL wäre an die Friedenspflicht eines Tarifvertrages gebunden, den sie weder gefordert noch unterzeichnet hat. Eine Gewerkschaft aber, die nicht für eigenständige Ziele und Forderungen streiken darf, verliert ihre Schutzfunktion. Das im Grundgesetz verankerte Koalitionsrecht wäre völlig ausgehebelt.

Auch in den DGB-Gewerkschaften wächst der Widerstand gegen diese Gesetzesinitiative. Sie wurde in einem engen Zirkel von Spitzenfunktionären (zum Beispiel Michael Sommer, DGB und Frank Bsirske, ver.di) ohne Information der Mitglieder und der zuständigen Gremien ausgeheckt. Bereits fünf Landesbezirke von ver.di lehnen das ab. Wir werden diese Ablehnung im klassenkämpferischen Block auf der 1. Mai Demonstration des DGB zum Ausdruck bringen.

## Forum Betrieb, Gewerkschaft und soziale Bewegung

→ Wir bieten einen Treffpunkt für alle, die Widerstand leisten wollen gegen Lohnkürzungen und Sozialabbau! Für alle KollegInnen, Gewerkschaftsmitglieder, Nichtmitglieder, Prekäre, MigrantInnen, Erwerbslose und RentnerInnen, die Kritik haben. Kritik an den herrschenden Parteien und am System, das diese Zustände hervorbringt und an den Gewerkschaftsführungen, die unter anderem zum Beispiel der Agenda 2010, den Hartz-Gesetzen und der kriegerischen Außenpolitik keinen ernsthaften Widerstand entgegengesetzt haben. Mit der Sicherung des „Standortes“ wurde jede Verschlechterung begründet, die uns in den letzten Jahren zugemutet wurde. Diese Standortlogik wird von großen Teilen der Gewerkschafts- und Betriebsratsspitzen verfolgt.

Wir wollen uns einmischen, eine Plattform für den gesellschaftskritischen Widerstand in unserer Stadt werden, die Solidarität zwischen den kämpfenden KollegInnen organisieren, uns über die Betriebe hinaus vernetzen, internationalistisch zusammen arbeiten, informieren, diskutieren,



schulen und uns und den Widerstand vorwärts bringen. Wir treten für eine demokratische und offene Streitkultur innerhalb der Gewerkschaften ein.

Wir treffen uns jeden letzten Dienstag im Monat um 19 Uhr in der Mediengalerie, in der Dudenstraße 10, am U-Bahnkopf Platz der Luftbrücke.

Wer zu unseren Veranstaltungen eingeladen werden möchte oder Kontakt aufnehmen möchte, melde sich bitte unter: [forumberlin@web.de](mailto:forumberlin@web.de)



# Leiharbeit abschaffen!

## Solidarität statt Spaltung

→ Durch Leiharbeit können Unternehmen die Lohnkosten senken und ihre Gewinne optimieren. Dementsprechend ist für Martin Kannegiesser, den Präsidenten des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall „Zeitarbeit aus der modernen Arbeitswelt nicht mehr wegzudenken“. Die Unternehmen haben im Laufe der Jahre die Stammbesellschaften reduziert und mit Leiharbeitsstellen ersetzt. 42 600 Unternehmen in ganz Deutschland setzen Leiharbeitskräfte in ihren Betrieben ein. Viele Firmen, zum Beispiel die Deutsche Telekom, Volkswagen, die Arbeiterwohlfahrt sowie Krankenhäuser und Zeitungsverlage, haben sogar konzerninterne Zeitarbeitsgesellschaften gegründet, um Teile der Stammbesellschaften durch billige Leiharbeitskräfte zu ersetzen.

### Arm trotz Vollzeit-Job

LeiharbeiterInnen können eingestellt und wieder gefeuert werden, wie es den Unternehmen gerade passt. Die LeiharbeiterInnen stehen unter permanentem Druck und leben in andauernder Unsicherheit. Sie erhalten oft 30 bis 50 Prozent weniger Entgelt als Stammbeschäftigte - bei gleichwertiger Arbeit. Viele können trotz Vollzeit-Job davon nicht leben und sind zusätzlich auf Hartz-IV angewiesen. Mit rund 923 000 Beschäftigten in der Leiharbeit wurde in Deutschland 2010 ein Höchststand erreicht. Im Jahr 2001 waren es nach der offiziellen Statistik noch 357 264 LeiharbeiterInnen - im Jahr 2011 könnte die Millionengrenze in Deutschland überschritten werden.

Durch die gesetzliche Lockerung der Arbeitnehmerüberlassung durch die rot-grüne Koalition 2002 wurde die massive Ausweitung der Leiharbeit ermöglicht. Mit der so genannten „Arbeitnehmerfreizügigkeit“ des EU-Kapitals ab 1. Mai 2011 droht weiteres Lohndumping - die weitere Ausdehnung der Zeitarbeit und Leiharbeit - in der BRD und Europa.

Leiharbeiter sollen laut Gesetz von 2004 den gleichen Lohn wie die Festangestellte bekommen. Jedoch mit der Einschränkung, dass dies nicht gilt, wenn es einen Tarifvertrag gibt - auch wenn dieser weit unter dem Tarif der fest angestellten Beschäftigten liegt. Der unternehmerfreundliche Christliche Gewerkschaftsbund hat Tarifverträge zu Dumping-Löhnen unterzeichnet. Das Bundesarbeitsgericht hat kürzlich entschieden, dass die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen (CGZP) nicht tariffähig ist. Aber auch der DGB hat Tarifverträge mit den Leiharbeitsverbänden Interessensgemeinschaft Zeitarbeit (IGZ) und dem Bundesverband Zeitarbeit (BZA) abgeschlossen, bei denen der Lohn kaum über dem der christlichen Gewerkschaften liegt.

### Widerstand gegen Leiharbeit

Trotz ihrer unsicheren Arbeitsbedingungen haben LeiharbeiterInnen in verschiedenen Bereichen begonnen Widerstand zu organisieren. Bei VW in Hannover traten 2009 sieben Leiharbei-

ter in den Hungerstreik, um gegen ihre Kündigung zu protestieren. Ihre Verträge waren im Frühjahr ausgelaufen. Deshalb hatten sie vor dem Stöckener Werk eine mehrwöchige Mahnwache abgehalten und waren neun Tage lang in den Hungerstreik getreten. Die Hälfte der bei VW beschäftigten Leiharbeiter erhielt dann einen Vertrag zur Weiterbeschäftigung. Von denen, die am Protest beteiligt waren jedoch niemand, weil sie



Mit rund 923 000 Beschäftigten in der Leiharbeit wurde in Deutschland 2010 ein Höchststand erreicht.

Leiharbeit

von der VW-internen Leiharbeitsfirma Wolfsburg AG explizit nicht berücksichtigt wurden. Dagegen gingen die Kollegen vor Gericht, bekamen Recht und wurden wieder eingestellt.

Ein weiteres Beispiel für organisierten Protest von LeiharbeiterInnen sind die ehemaligen Beschäftigten der Tabel-Gruppe in Kiel. Die Kieler Nachrichten haben seit zehn Jahren einen Teil ihrer Druckerei ausgelagert. Die Weiterverarbeitung, wie Bestückung mit Beilagen, Palettierung und Versandvorbereitung wurde von der Tabel-Gruppe erledigt, bei der die Beschäftigten zu miserablen Arbeitsbedingungen und geringen Löhnen arbeiteten. Für diese Arbeiten sieht der Tariflohn der Druckindustrie 12,90 Euro vor. Bei der Tabel-Gruppe, die einen Werkvertrag mit den Kieler Nachrichten hatte, liegt der Bruttostundenlohn bei 6,14 Euro. Hinzu kamen Schichten von 16 oder 18 Stunden und die Abschaffung von festen Pausenregelungen.

Um sich gegen diese Zustände zu wehren, haben die Beschäftigten im Februar 2010 einen Betriebsrat gegründet. Die vorangegangenen Versuche, einen Betriebsrat zu installieren, wurden durch gezielte Kündigungen und massiven Druck sofort verhindert. Als der Betriebsrat diesmal von Unternehmenseite nicht mehr zu verhindern war, wurde

der Werkvertrag mit Tabel von den Kieler Nachrichten einfach nicht verlängert und alle bei Tabel Beschäftigten betriebsbedingt gekündigt. Ein Teil der Beschäftigten leistete trotz Einschüchterungen und Kündigung weiterer Widerstand und organisierte eine Demonstration gegen die Kieler Nachrichten. Eine Beteiligung aus der Stammbesellschaft der Kieler Nachrichten an der Demonstration gab es allerdings nicht und auch der Betriebsrat der Kieler Nachrichten zeigte keine öffentliche Solidarität.

### Wiederverbot der Leiharbeit

Dieses Beispiel zeigt wie schwierig es für LeiharbeiterInnen ist sich zu organisieren und für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Deshalb ist es von zentraler Bedeutung, dass Belegschaften sich nicht auseinanderdividieren und spalten lassen. LeiharbeiterInnen und Stammbesellschaften müssen gemeinsam handeln. Die Trennung der Beschäftigten nutzt allein dem Unternehmer. Statt zu verzichten, immer weitere Zugeständnisse zu machen und nach individuellen Lösungen zu suchen, müssen wir gemeinsam und solidarisch handeln. Bis 1967 war Leiharbeit in der BRD verboten. Die Forderung kann nur heißen: Verbot beziehungsweise Wiederverbot der Leiharbeit - Integration aller LeiharbeiterInnen in tarifvertraglich und gesetzlich geschützte Normal-Arbeitsverhältnisse!

# Hartz IV

## Wut, Druck und Widerstand



→ Ja, Hartz IV, das Thema macht Angst. Angst vor dem sozialen Abstieg. Angst vor der Entrechtung. Angst vor existentieller Not. 4,6 Millionen Menschen leben in diesem Land in Not. In Berlin wird die Armut immer sichtbarer. Immer mehr Menschen befürchten Mietsteigerungen und die Verdrängung aus ihren Kiezen. In Zeiten der Angst nimmt der Rechtspopulismus zu. Es wird gehetzt gegen die angeblichen „Leistungs- und Integrationsverweigerer“. Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ ist das meist verkaufte Sachbuch nach dem Zweiten Weltkrieg. Nichts aus der Geschichte gelernt. Diese Stimmungslage wiederum kann Angst machen. Laut

der „Langzeitstudie Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ nehmen rechtspopulistische Einstellungen vor allem in höheren Einkommensgruppen zu, sie verbinden sich mit islamfeindlichen Einstellungen und sind aggressiv aufgeladen. GutverdienerInnen verweigern jeglichen „Hilfsbedürftigen“ die Unterstützung, die unteren sozialen Schichten entsolidarisieren sich mit den EinwanderInnen.

In Berlin-Neukölln sollen 1 000 Bürgerarbeitsplätze entstehen, dafür werden zuvor 3 000 Menschen „aktiviert“. Die Aktivierungsphase zur Bürgerarbeit umfasst vier Stufen: Profiling, Vermittlung, Qualifizierung und schließlich

Bürgerarbeit als letztes Mittel. Das Institut Zukunft der Arbeit (IZA) spricht aus, was bezweckt ist: „Das Prinzip des Workfare zielt darauf ab, durch die Verpflichtung zu einer Gegenleistung für den Bezug von Transferleistungen möglichst viele Transferbezieher dazu zu bringen, eine unsubventionierte Beschäftigung auf dem regulären Arbeitsmarkt anzunehmen.“ Das Motto lautet: Keine Leistung ohne Gegenleistung. Möglichst viele Menschen sollen so in den Niedriglohnsektor gedrückt werden.

Aber es gibt auch Widerstand gegen die Zumutungen der Argen und Jobcenter. Sabine hat sich in Köln an einer Zahltag-Aktion beteiligt und berichtet, warum ihr diese Aktion Mut gemacht hat.

### Wie war die Situation in der Arge Köln als es zu den Zahltag-Aktionen gekommen ist?

Sabine: Die Stimmung war wie erwartet - aufgeheizt. Wie immer zu Monatsanfang laufen Hunderte von zornigen „KundInnen“ der Arge auch am 1. Oktober auf den Fluren ihrem Arbeitslosengeld II hinterher. Das ist das Geld, das ihnen zum Monatsende gar nicht oder nur zum Teil überwiesen wurde. Die Kürzungen und Streichungen, die wiederholt falschen Leistungsbescheide und das Ignorieren von Anträgen und Widersprüchen haben System. Dies sind keine Kinderkrankheiten einer komplexen

Systemumstellung unter Hartz IV, das ist ausgereifte, komplexe Schikane eines kranken Systems, das versucht, Leute aus dem Bezug von menschenunwürdig niedrigen Sozialleistungen herauszugängen. Beileibe keine neue Erkenntnis, sondern alltäglich erlebte Praxis für die Erwerbslosen, die an diesem Morgen Schlange stehen. Sie haben schon lange die Schnauze voll. Und doch war es an diesem Tag anders als sonst.

### Was war anders?

Sabine: Auf allen 14 Etagen der Kölner Arbeitsagentur Mitte lungerte Polizei herum, im Eingangsbereich ein massives Aufgebot. Zahlreiche Transparente verkündeten, heute ist „Zahltag!“ Dafür wurde bereits im Vorfeld mit 10 000 verteilten Flugblättern an den Kölner Argen geworben. Ein Großzelt mit Frühstück und Musik war aufgebaut worden. Auf einmal drängen von drinnen und draußen viele Leute ins Foyer der Arge. Eine Lautsprecheranlage eröffnet die Bilder der Aktion von der Arbeiterfotografie „Vollversammlung“. Eine Beratungsstelle wird eröffnet und die Idee des sogenannten „Begleitservice“ erläutert: Erwerbslose setzen an zwei Tagen in Folge gemeinsam die Auszahlung ihrer Kohle oder andere Forderungen durch. Das Foyer war für zwei Tage Veranstaltungsraum der Erwerbslosen und anderer Hartz-IV-GegnerInnen.

### Was ist im Foyer geschehen?

Sabine: Es wurden verschiedene Veranstaltungen gemacht: zu Widerstandsmöglichkeiten gegen die Schikanierung durch Ein-Euro-Jobs und Hausbesuchen, zu den Strategien des Profiling und dem Zwang zur Selbstunterwerfung innerhalb eines gesamtgesellschaftlichen Umbaus, es gab ein zynisches Sanktionierungs-Quiz, das zur Schulung der MitarbeiterInnen in der Arge verwendet

wird. Die Gruppe Bundeswehr-Wegtreten zeigte Möglichkeiten auf, den Rekrutierungsmaßnahmen der Bundeswehr hier am Arbeitsamt entgegenzutreten. Ein als besonders eifriger Drangsalierer bekannter Mitarbeiter bekam die Auszeichnung des „A des Monats“ überreicht. Er selbst wagte sich jedoch nicht aus dem Büro. Der schützend herbeigeeilte Leiter der Arge Josef Ludwig nahm das frische Ölgemälde entgegen, versautete sich allerdings den Anzug bei diesem Akt der Mitarbeiterfürsorge. Eine andere größere BesucherInnengruppe stand bei ihrer Exkursion zur Sozialschnüfflabteilung in der rechtsrheinischen Arge Mülheim vor verschlossenen Türen. Wir wissen nicht, ob alle acht SchnüfflerInnen des „Bedarfsermittlungsdienst“ zu Hausbesuchen ausgeflogen waren, oder angesichts der gehäuften Aktionen für diese beiden Tage präventiv Urlaub erhalten haben.

### Habt ihr konkrete Erfolge bei der Aktion erzielen können?

Sabine: Trotz des Versuchs der Polizei, Gruppen an der Bewegung in der Arge außerhalb des besetzten Foyers zu hindern, konnte sich das Begleitemper Funk auf den jeweiligen Etagen immer wieder versammeln. Die Bilanz ist ermutigend: In allen 13 „Fällen“ konnte die zuvor verweigerte Auszahlung beziehungsweise die Auszahlung des fehlenden Betrags bar erzwungen werden. In weiteren Fällen wurde die Herausgabe von angeblich nicht auffindbaren Bescheiden erwirkt, falsche Berechnungen korrigiert, und die „Bearbeitung“ von in Zermürbungstaktik mehrfach abgewimmelten Personen erzwungen.

Weitere Infos zum Zahltag gibt es in dem im Unrast-Verlag erschienenen Buch „Zahltag - Zwang und Widerstand: Erwerbslose in Hartz IV“





# Kapitalrendite über alles

Privatisierung der Krankenhäuser mit üblen Folgen



→ **Aktuell sind ca. 50 Prozent aller Krankenhäuser privatisiert und damit in der Hand einiger großer Pharmakonzerne. Das Geschäft mit der Gesundheit rechnet sich für die Konzerne hervorragend. Beim Kauf öffentlicher Krankenhäuser werden regelmäßig massiv Beschäftigte „abgebaut“.** Die knallharte Rationalisierung zeigt Wirkung. Von den Pflegekräften erwarten nur noch 29,8 Prozent, dass sie bei der bestehenden Arbeitshetze bis zur Rente durchhalten. Leidtragende von Rekordbilanzen sind auch die Patienten. Sie werden nach Geldbeutel in eine Drei-Klassen-Medizin einsortiert. Wir sprachen mit Manfred, der bei Helios im Pflegebereich arbeitet. Hinter Helios verbirgt sich die Krankenhaussparte des Pharmakonzerns Fresenius. Fresenius steigerte den Gewinn 2010 um 28 Prozent auf 660 Millionen Euro. Dank des Rekordergebnisses wird die Dividende um 15 Prozent erhöht und das Profitziel für 2014 auf 1 Milliarde Euro angehoben.

**War dein Krankenhaus schon immer Helios?**  
**Manfred:** Nein, früher waren wir im öffentlichen Dienst. Unser Haus ist 2005 an Helios verkauft worden.

**Wie hat sich die Arbeit verändert, seitdem ihr einem Pharmakonzern gehört?**  
**Manfred:** Seit 2005 hat Helios die Belegschaft um ein Drittel reduziert. Aber die Fallzahlen sind gleich geblieben. Insbesondere in der Pflege sind die Arbeitsbedingungen unerträglich geworden. Wo früher auf einer Station vier oder fünf Personen eingesetzt waren, arbeiten heute drei KollegInnen oder auch nur zwei plus eine Aushilfe. Das bedeutet, dass Pflegekräfte Arbeit im Akkord leisten müssen. Das ist eine sehr schwierige Situation. Es ist keine Zeit mehr da, den Patienten die nötige Zuwendung zu geben.

**Wie halten die KollegInnen das durch?**  
**Manfred:** Gar nicht. Die Arbeitsbedingungen führen zu einer hohen Fluktuation. Die Jüngeren, die neu anfangen, bleiben nicht lange. Manche Stationen suchen ständig Personal.

**Wie haben sich die Löhne unter dem neuen Eigentümer entwickelt?**  
**Manfred:** Helios hat die bestehenden Tarife eingefroren. Es gab dann bis zu

30 Prozent Unterschied zwischen den verschiedenen Kliniken. Erst Anfang 2010 ist es der Gewerkschaft gelungen ein einheitliches Tarifniveau zu schaffen. Wobei der Tarifvertrag nicht in allen Häusern umgesetzt wird.

**Im Großen und Ganzen wurden die Löhne nicht gesenkt?**

**Manfred:** So kann man das nicht sagen. Bei Helios gilt das teilweise bei der Muttergesellschaft. Wir haben aber ein riesiges Problem mit Auslagerungen. Bestimmte Bereiche werden auf von Helios gegründete Tochterfirmen übertragen. Medizinische Versorgungszentren, kurz MVZ, sind ein Beispiel dafür. Die Beschäftigten im Labor, Pathologie, Nuklearmedizin usw. werden unter Druck gesetzt. Sie unterschreiben einen Auflösungsvertrag bei Helios und bekommen eine Anstellung beim MVZ. Dort gibt es keinen Tarif. Der Grundlohn bleibt in etwa gleich, aber die Zuschläge und tarifliche Extras fallen weg. Der andere Weg ist, dass Helios zusammen mit einem anderen Unternehmen Firmen gründet. Das gilt für die Küche, Reinigung, usw. Bei den vielen Subunternehmen verliert man am Ende total den Überblick, wer wo arbeitet. Bei der Reinigung zahlen die dort eingesetzten Fremdfirmen sechs bis sieben Euro Stundenlohn. Die KollegInnen gehen mit 900 Euro netto nach Hause. Es gibt viele Beschäftigte, die hart arbeiten, auch im Schichtdienst und trotzdem nicht genug verdienen, um sich Miete und Lebensunterhalt leisten zu können. Sie müssen zusätzlich Hartz IV beantragen.

**Wie wirkt sich das auf den Zusammenhalt untereinander aus?**

**Manfred:** Durch die vielen Fremdfirmen und Auslagerungen wird die Belegschaft aufgespalten, nach dem Motto „Teile und Herrsche“. So werden die langfristig Beschäftigten rausgedrängt. Ständig werden Neue eingestellt. Man sieht sich zwar jeden Tag, weiß aber nicht, wer wo arbeitet. Es ist schwieriger, Kontakte untereinander aufzubauen.

**Versucht jeder nur die eigene Haut zu retten oder gibt es auch gemeinsame Gegenwehr?**

**Manfred:** Gegen Outsourcing gab es einigen Widerstand mit gemeinsamen Protestaktionen und kleineren

Warnstreiks. Andererseits haben viele Betroffene versucht, rechtlich dagegen vorzugehen. Weil diese Gegenwehr aber bisher im begrenzten Rahmen der direkten Betroffenen geblieben ist und Helios bei Auslagerungen scheinbar vorgeht, hat sich die Geschäftsleitung bisher meistens durchsetzen können.

**Siehst du Möglichkeiten die Spaltung zwischen verschiedenen Beschäftigtengruppen, aber auch zwischen Patienten und Beschäftigten zu überwinden?**

**Manfred:** Wir versuchen in diese Richtung zu gehen. Zum einen dadurch, dass man Kontakte zu Beschäftigten von anderen Firmen aufnimmt. Wir diskutieren zusammen und versuchen so das Gefühl zu verbreiten, dass wir alle in einem Betrieb arbeiten. Dieser Betrieb macht durch die Arbeit von Vielen, auch wenn sie zu unterschiedlichen Firmen gehören, einen Gewinn. Deshalb müssen wir zusammenhalten, uns austauschen und versuchen Wege zu finden, wie wir gemeinsam dagegen vorgehen. Auf gewerkschaftlicher Ebene kann man durch Tarifverträge gemeinsame Mindeststandards festsetzen. Das setzt aber voraus, dass die KollegInnen sich organisieren und bereit sind, sich selbst zu bewegen. Helios wird uns nichts schenken.

**Nach deiner Erfahrung, was muss passieren, damit die KollegInnen selbst aktiv werden?**

**Manfred:** Das Bewusstsein unter den Beschäftigten, dass wir alle Arbeiter sind, muss sich verbreiten. Wir sind eine Klasse, egal wer der Arbeitgeber ist. Meistens sind diese Firmen sowieso miteinander verflochten. Die vertreten ihr Interesse als eine Klasse, als Kapitalisten sehr gut. Nur bei uns,

Die Behandlung der Patienten leidet darunter. Mittlerweile haben wir in den Krankenhäusern eine Drei-Klassen-Medizin. Die erste Klasse sind diejenigen, die es sich leisten können bar zu zahlen und privat versichert sind. Die Privatkliniken für die Reichen sind ganz abgehoben vom

normalen Krankenhausalltag. Die Räume sind mit Teppich ausgestattet, es gibt Servicekräfte und Zwischenmahlzeiten werden angeboten. Es ist wie im Hotel. Die Behandlung erfolgt durch die Chefarzte. Die zweite Ebene sind Kassenpatienten, die eine Zusatzversicherung haben. Hier

stehen nur ein oder zwei Betten im Zimmer und die Patienten erhalten zumindest noch bestimmte medizinische Leistungen.

Und dann gibt es noch die dritte Klasse, die Normalpatienten. Die kriegen nur das Notwendigste, was unter den Arbeitsbedingungen noch möglich ist. Das ist auch für das Pflegepersonal nicht leicht. Das ist so von der Politik entwickelt worden und die Beschäftigten können das wegen den Akkordvorgaben nicht mehr auffangen.

**Seit 2005 hat Helios die Belegschaft**

**um ein Drittel reduziert. Aber die Fallzahlen sind gleich geblieben.**

auf der Seite der Arbeitenden fehlt das Klassenbewusstsein. Obwohl die KollegInnen darüber in letzter Zeit mehr diskutieren. Wir rufen zum Beispiel dazu auf, dass man sich gegenseitig unterstützt und an den Aktionen beteiligt.

**Möchtest du zum Schluss sonst noch etwas sagen?**

**Manfred:** Ja, ich finde, die Gesundheitspolitik ist bedenklich, die die Regierung durchsetzt. Die folgt nur den Interessen von Pharmakonzernen.

## Auf Profit getrimmt

→ **Nach einer kurzen krisenbedingten Unterbrechung kommen die Finanzmärkte wieder auf Touren und Schiffsfahrtswege geraten genauso wie die Deutsche Bahn, Krankenhäuser oder Wohnungen ins Visier global agierender Investoren. Bundes-, Länder- und Kommunalregierungen verweisen auf die leeren Haushaltskassen, um ihre Spar- und Privatisierungspolitik der Öffentlichkeit zu verkaufen. Gleichzeitig werden Banken mit Rettungsschirmen sowie Spitzenverdiener und Unternehmen mit Steuergeschenken bedacht. Der gleichen neoliberalen Linie folgend hat sich der rot-rote Senat in Berlin bei Niedriglöhnen und Armutserzeugung an die Spitze im bundespolitischen Vergleich gesetzt und erntet dafür regelmäßig Lob von der Berliner Wirtschaftslobby.**

**Dementsprechend liest sich auch die wohnungspolitische Bilanz der letzten zehn Jahre wie das Erfolgsergebnis einer 100-Prozent-FDP-Regierung. Denn diese hätte das Terrain für Investoren kaum besser bereiten können, als der „arm aber sexy“-Bürgermeister und seine rot-rote Gurkentruppe. Diese hat nicht nur massenhaft Wohnungen zu Spottpreisen verhökert, sondern sorgt gleichzeitig dafür, dass sich das Geschäft mit den Wohnungen immer mehr lohnt. Gebetsmühlenartig schwatzt die verantwortliche Senatorin von einem entspannten Wohnungsmarkt, wohingegen nach Meinung von Fachleuten in Deutschland rund 250 000 Wohnungen jährlich gebaut werden müssten. Besonders brisant sei der Mangel an Wohnungen in Ballungszentren wie Berlin. Doch der Senat baut nicht nur seit Jahren keine Wohnungen mehr, sondern verzichtet überhaupt auf irgendeine Art von Wohnungspolitik, die den rasant steigenden Mieten entgegen wirken könnte. Zuletzt versorgte die Investitionsbank Berlin (IBB), die in den Zuständigkeitsbereich des Wirtschaftsministers Wolf fällt, die GSW mit einem Milliardenkredit, um den Börsengang der ehemals landeseigenen Wohnungsgesellschaft zu ermöglichen.**

## Tödliche Gesundheitsreformen

**Problematisch sind nicht erst die Privatisierungen an sich, sondern die politischen Weichenstellungen des profitablen Machens. Der dummliberale Philipp Rösler stellt zweifelsohne eine akute Gefahr unserer aller Gesundheit dar, aber er ist dabei keineswegs der erste Minister, der die Interessen der Versicherungs-, Pharma- und Krankenhauskonzerne bedient. Seine Vorgängerin im Amt des Gesundheitsministers, die Sozialdemokratin Ulla Schmidt, hatte unter der rot-grünen Koalition bereits kurz nach der Jahrtausendwende zum ganz großen Zerstörungsschlag unseres**

**Gesundheitssystems ausgeholt. Mit einer völlig umgekehrten Form der Finanzierung wurden die Krankenhäuser innerhalb kürzester Zeit auf betriebswirtschaftliche Effizienz getrimmt. Unter dem Diktat der pauschalisierten Bezahlung für Behandlungen (gegenüber der früheren Bezahlung nach Krankenhaustagen) wurden Klinikleitungen in privaten wie auch städtischen Krankenhäusern zu Managern des Stellenabbaus und der Arbeitsverdichtung. Der Pflegepersonalstand und die eingesparten Hygienemaßnahmen führen jährlich zu bis zu 15 000 Todesfällen. Wie dramatisch sich die tödlichen „Gesundheitsreformen“ in der Praxis auswirken, thematisierte das „Deutsche Ärzteblatt“ im Dezember letzten Jahres: So bejahten „62 Prozent der Niedergelassenen und 49 Prozent der Krankenhausärzte, dass es schon vorgekommen sei, dass sie bei Patienten aus Kostengründen auf Behandlungen verzichten mussten.“ Die private Rhön-Klinikum AG erwirtschaftet derweil über 130 Millionen Euro Gewinn und profitiert zusätzlich von den letzten Steuergeschenken, die nach Einschätzung der Betriebsräte die Steuerquote zwischen 2006 und 2007 von 27 auf 18,8 Prozent sinken ließ.**

## Automanager fahren Bahn vor die Wand

**Nach 20 Jahren der Bahnprivatisierung in Argentinien ist kaum noch eine Strecke in Betrieb und was noch fährt, ist Schrott auf maroden Schienen. Das verwundert nicht vor dem Hintergrund, dass die Streckenkonzessionen an findige Unternehmer gingen, deren Kerngeschäft der Busverkehr ist. Eine Zugreise in Argentinien kommt einem Abenteuer mit ungewissem Ausgang gleich, wobei sich die Wut darüber immer wieder in Form von verwüsteten Bahneinrichtungen und brennenden Zügen entlädt. Bahnreisende in Deutschland sind da geduldiger und kein Hitzekollaps im ICE oder eingefrorene Füße auf dem S-Bahnsteig führten bislang zu Unruhen. Eher werden BahnarbeiterInnen beschimpft - ganz so, wie es die Mainstream-Medien bei den letzten Streikaktionen zu kanalisieren wussten. In Deutschland und seiner Hauptstadt ist es den Bahn-Managern im Bündnis mit ihren Dienstleistern aus Politik und Medien gelungen, die Bahn und S-Bahn in wenigen Jahren zu einem drittklassigen Verkehrsunternehmen herunterzuwirtschaften. Dass die Zukunft offensichtlich dem automobilen Nah- und Fernverkehr gehören soll, dafür sorgen ehemalige Top-Manager des Daimler-Konzerns wie der amtierende Bahnchef Rüdiger Grube und sein Vorgänger Hartmut Mehdorn. Verweisen wir diese Managerkaste und ihre Politlakaien auf den Müll der Geschichte - uns gehört der gesellschaftliche Reichtum und die Zukunft!**



# Kämpfen wir um unsere Kieze!

Die Karawane der Aufwertung ist nach Neukölln weitergezogen.

→ Interview mit einer Aktivistin der Stadtteilinitiative Schillerkiez. Simone Hilbert ist aktiv in der Stadtteilinitiative Schillerkiez, die sich unter anderem gegen Verdrängung in Nord-Neukölln, Stadtumstrukturierung und steigende Mieten einsetzt.

Was hat sich im Schillerkiez in Nord-Neukölln in den letzten Jahren getan? Welche Probleme seht ihr in Eurem Kiez?

**Simone:** Die Karawane der Aufwertung ist mittlerweile von Kreuzberg über den Reuterkiez bis zum Schillerkiez weitergezogen. In den Medien wird Nord-Neukölln von der „Bronx“ zum angesagten Viertel hochgejubelt. Ehemals leere Läden verwandeln sich in schicke Galerien. Neue Kneipen lassen auch nicht lange auf sich warten. Der tolle Nebeneffekt ist, dass die Mieten steigen. Bei Neuvermietungen werden teilweise Kaltmieten von beachtlichen acht bis neun Euro pro qm verlangt. Auch wenn es von vielen politisch Verantwortlichen noch gelehnt wird, sind diese Mieten für viele nicht mehr bezahlbar. Mietwohnungen werden in Eigentumswohnungen umgewandelt und aus Fabriketagen entstehen „Lofts“. Häuser stehen zum Teil leer, um sie demnächst zu modernisieren oder mit möglichst hohem Profit weiter zu verkaufen.

Auch der regierende Bürgermeister Klaus Wowereit hat kürzlich bemerkt, dass Wohnraum in Berlin immer teurer wird. Im Unterschied zu den MieterInnen, deren Wohnungen unbezahlbar werden, hält er steigende Mieten für ein positives Zeichen für Berlin, da sie den wachsenden Wohlstand Berlins widerspiegeln würden. Was sind die Ursachen der Mietsteigerungen und Verdrängungsprozesse? Welche Rolle spielt dabei der Bezirk bzw. der Senat?

**Simone:** Wowereit und der Berliner Senat nehmen in Kauf, dass es in Berlin eine ähnliche Entwicklung wie in Paris oder London gibt. Das heißt eine Vertreibung ärmerer Menschen aus der Innenstadt. Die Stadt wird als Unternehmen begriffen und betriebswirtschaftlich geführt. Nur was sich ökonomisch rechnet, wird berücksichtigt. Dabei ist Wohnen ein Grundbedürfnis und sollte keine Ware sein! Anständiger Wohnraum und anständige Nachbarschaften sind ein Recht, kein Privileg. Stadtentwicklungspolitik wird nunmehr lediglich als Standortwettbewerb und Stadtmarketing begriffen.

Was haltet ihr vom Quartiersmanagement und dessen Vorgabe, sich für die Interessen der BewohnerInnen einzusetzen?

**Simone:** Das Quartiersmanagement (QM) Schillerpromenade wird nicht

gebraucht. Es gehört abgeschafft und zwar eher heute als morgen. Es ist nicht Teil der Lösung der Probleme hier im Kiez oder der ganzen Stadt, sondern Teil des Problems. Das Problem ist der neoliberale Staat, die politische Entwicklung der letzten 20 Jahre mit dem Abbau des Sozialstaats und der öffentlichen Daseinsvorsorge, die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und die verschärfte Degradierung von Menschen zu bloßen Objekten der Vermarktung und In-Wertsetzung. Allein das Wort Management in dem Begriff Quartiersmanagement zeigt schon, wohin die Reise geht. Soziale Probleme sollen nicht gelöst, sondern die Menschen, um die es geht, sollen irgendwie bearbeitet, befriedet und ruhig gestellt werden. Wir wollen uns aber nicht länger am QM „arbeiten“, sondern die Institution einfach rechts liegen lassen. Wichtiger ist die Selbstorganisation der BewohnerInnen.

Was kann gegen steigende Mieten, Luxusmodernisierungen und Verdrängung ärmerer Bevölkerungsteile konkret unternommen werden? Welche Möglichkeiten gibt es selbst im Kiez aktiv zu werden? Was macht eure Stadtteilinitiative?

**Simone:** Die Stadtteilinitiative Schillerkiez besteht seit nunmehr über einem

Jahr und hat sich gegründet aus einem gemeinsamen Protest gegen die Task Force Okerstraße. Aus diesem Protest und der Kritik am Quartiersmanagement (Intransparenz, Abschottung von der Öffentlichkeit) entwickelten sich Treffen zur allgemeinen Entwicklung im Kiez. Schnell entstand die Idee, unabhängige Stadtteilversammlungen zu organisieren, um ein Forum zu schaffen, auf dem ein Austausch stattfinden kann. Nach den massiven Protesten und einer ersten Versammlung im Oktober 2009 sah sich das Quartiersmanagement genötigt, eine öffentliche Veranstaltung zur Task Force Okerstraße zu machen. Die Veranstaltung fand mit einer Hundertschaft ziviler und uniformierter Polizei statt. Bis jetzt gab es sieben Stadtteilversammlungen, wo sich zwischen 40 bis 70 unterschiedliche Menschen trafen. Mittlerweile sind vier Ausgaben der „RandNotizen – Stadtteilzeitung aus dem Schillerkiez“ mit Informationen und Analysen zu Stadtentwicklung und sozialen Fragen erschienen, die auf reges Interesse trafen. Neben der Zeitungsgruppe gibt es eine AG, die sich mit Informationsbeschaffung beschäftigt und Kiezspaziergän-

ge organisiert. Seit Anfang dieses Jahres organisieren wir in Kooperation mit der Berliner Mietergemeinschaft Veranstaltungen auch zu konkreten Thematiken (unter anderem die horrende Betriebskostenabzocke hier im Kiez). Uns geht es vorrangig darum, den gegenseitigen Austausch der Nachbarn und den Sinn von Hausversammlungen begreifbar zu machen, damit die BewohnerInnen eines Hauses nicht vereinzelt den Hausverwaltungen und Eigentümern gegenüber stehen. Wir stellen uns solidarisch auf die Seite derjenigen, die sich in ihrem Haus, in der Nachbarschaft oder ihrem Kiez selbst organisieren und ihren Protest zum Ausdruck bringen.

Die herrschende Politik und das Quartiersmanagement wurden aus ihrer beschaulichen Ruhe gerissen. Sie können nicht mehr so ungestört und im Verborgenen schalten und walten wie bis vor einem Jahr. Ähnliche Stadtteilinitiativen gibt es auch in anderen Bezirken. Dort gibt es seit geraumer Zeit einen regen Austausch und eine sich entwickelnde Zusammenarbeit.

Infos zur Stadtteilinitiative Schillerkiez: [nk44.blogspot.de](http://nk44.blogspot.de)



# RWE und Veolia den Profithahn abdrehen!

Nach dem erfolgreichen Wasser-Volksentscheid beginnt der Kampf um „unser Wasser“ erst.

→ Am 13. Februar ist in Berlin eingetreten, was viele bis zuletzt für unmöglich hielten: Über 25 Prozent der wahlberechtigten Berlinerinnen und Berliner (über 665 000) stimmten für das Volksgesetz „Schluss mit Geheimverträgen - Wir Berliner wollen unser Wasser zurück!“. Das Volksgesetz ist somit in Kraft getreten - das erste in der Geschichte Berlins. Der Berliner Senat ist durch diesen Volksentscheid nun gezwungen, alle Verträge, Beschlüsse und Nebenabreden bezüglich der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe (BWB)

offen zu legen. Doch der Senat tut das, was er die letzten Jahre auch getan hat: Er bekämpft das Wasser-Volksgesetz.

## Die Teilprivatisierung der BWB und ihre Folgen

Wie in anderen Städten und Gemeinden auch haben sich die Regierenden in Berlin in den letzten zwei Jahrzehnten über alle Parteigrenzen hinweg die Enteignung öffentlichen Eigentums - „Privatisierung“ genannt - auf ihre Fahnen geschrieben. Der Teilverkauf der Berliner Wasserbetriebe (BWB) an die beiden Konzerne RWE und Veolia Wasser 1999 unter einem CDU/SPD-Senat ist eines dieser (Teil)Privatisierungsprojekte. Obwohl das Land Berlin mit 50,1 Prozent immer noch die Mehrheitsanteile an den BWB hält, haben die beiden Konzerne das operative Geschäft übernommen inklusive Preiskalkulation. Nach über zehn Jahren sind die Folgen dieser Teilprivatisierung verheerend:

- ↳ Allein seit 2001 sind die Wasserpreise um 35 Prozent gestiegen. Bezahlen mussten diese Preisstei-

gerungen in erster Linie die Berliner Mieterinnen und Mieter in Form steigender Mietnebenkosten. Die steigenden Wasserpreise im Zusammenspiel mit den steigenden Kaltmieten sind somit ein Grund, warum vor allem Erwerbslose, Niedriglohnbeschäftigte, Familien mit AlleinverdienerInnen, Rentner und Jugendliche aus den Innenstadtbezirken verdrängt werden.

- ↳ Seit der Teilprivatisierung wurden bei den BWB über 1 500 Arbeitsplätze vernichtet. Gleichzeitig wurde der Niedriglohnsektor in Form von Teilzeit von 17,2 Prozent (2004) auf 28,2 Prozent (2009) ausgeweitet. Von dieser Entwicklung sind nicht nur die BWB-Beschäftigten betroffen - eine weitere Folge ist eine abnehmende Wartung von Wasserleitungen etc., was mittelfristig eine sinkende Wasserqualität mit sich bringen wird.

Dieses Kaputtsparen der BWB und steigende Wasserpreise bilden die Grundlagen für die Profite von RWE und Veolia, die in Geheimverträgen zwischen dem Land Berlin und den Konzernen garantiert werden. Das heißt konkret: Wenn die BWB nicht genügend Gewinn abwerfen, müssen die Gewinne der Konzerne mit Geldern aus dem öffentlichen Haushalt des

Landes Berlin gesichert werden. Die Folgen liegen auf der Hand: Weitere Kürzungen in der Bildung, im Sozial- und Kulturbereich, steigende Kosten im Öffentlichen Personen- und Nahverkehr und anderswo - und nicht zuletzt: weitere Privatisierungen.

## Natürliche Verbündete: Senat und Konzerne

Vor allem nach dem erfolgreichen Wasser-Volksentscheid versucht der SPD/LINKE-Senat sich als Gegner der Wasserprivatisierung zu profilieren. Doch das Agieren der Senatsparteien macht deutlich, dass der Senat ein natürlicher Verbündeter von RWE und Veolia ist:

- ↳ Es war die SPD selbst, die die Teilprivatisierung zusammen mit der Union umgesetzt hat.
- ↳ Es ist Wirtschaftssenator Harald Wolf (LINKE) als Aufsichtsratsvorsitzender der BWB gewesen, der die Preissteigerungen durchgewunken hat.
- ↳ Es war der SPD/LINKE-Senat, der das Wasser-Volksbegehren für unzulässig erklärt hat und sich bis zuletzt weigerte, dem Volksgesetz zuzustimmen.

An dieser Haltung hat sich auch nach dem erfolgreichen Wasser-Volksentscheid nichts verändert. Mit aller Kraft wird versucht, die vollständige Veröffentlichung der Geheimverträge zu verhindern und dem Wahlvolk vorzugaukeln, alle Verträge seien offengelegt. Gleichzeitig werden Rückkaufverhandlungen mit RWE geführt, um Fakten zu schaffen - Fakten, die darauf hinauslaufen, dass der Konzern mindestens seine 800 Millionen Euro zurückbekommt, die er in die BWB investiert hat. Das aber bedeutet nichts anderes, als dass RWE seine Profite auf Grundlage steigender Wasserpreise seit 1999 einkassiert - ein Geschäft, das sich auf Kosten der Berlinerinnen und Berliner für RWE gelohnt hätte.

## Der Kampf um „unser Wasser“ geht weiter!

Der Wasser-Volksentscheid hat nicht nur gezeigt, dass es in Berlin eine gesellschaftliche Mehrheit gegen die Teilprivatisierung der BWB gibt, sondern ist darüber hinaus eine grundsätzliche Absage der Berlinerinnen und Berliner an Privatisierungen. Das haben alle Parteien im Abgeordnetenhaus sehr wohl verstanden. Als staatstragende Parteien können sie aber nur einen Schluss daraus ziehen: Wege finden, um eine weitere Mobilisierung gegen die Teilprivatisierung der BWB zu verhindern. Dafür sind die Senatsparteien auch bereit, ihre eigenen Gesetze zu brechen und das Wasser-Volksgesetz zu ignorieren. Sie verhalten sich so, weil sie wissen, dass ein erfolgreicher Kampf gegen die BWB-Teilprivatisierung eine grundsätzliche Signalwirkung beim Kampf gegen die Enteignung öffentlichen Eigentums hätte und in diesem Kampf die Erkenntnis reifen könnte, die Eigentumsfrage im Kapitalismus grundsätzlich aufzuwerfen. Der Berliner Senat - egal wer im Regierungssessel Platz genommen hat - hat somit verdeutlicht, dass die Berlinerinnen und Berliner sich beim Kampf um ihr Wasser auf Volksentscheide allein nicht verlassen können, sondern die Sache wieder in die eigene Hand nehmen müssen. Die Proteste gegen „Stuttgart 21“ geben dabei einen Vorgeschmack darauf, wie auch hier in Berlin eine Antwort der Bevölkerung aussehen müsste. Die Entwicklung dieser Kämpfe wird nicht zuletzt davon abhängig sein, inwieweit die Gewerkschaften - allen voran ver.di - bereit sind, ihre Kräfte in den Betrieben in die Waagschale zu legen.







# Kein Fußbreit den Faschisten!

Massenblockaden stoppen Nazis in Dresden.

→ Interview mit Paula Weber, Aktivistin der Antifaschistischen Linken Berlin [ALB], die in den letzten drei Jahren als integraler Bestandteil der Bündnisse "Dresden Nazifrei!" und "iNo pasarán!" die Gegenaktivitäten mitorganisiert hat.

**Am 19. Februar 2011 haben über 20 000 Antifaschistinnen in Dresden wie bereits im Vorjahr erfolgreich den geplanten Neonazi-Aufmarsch durch Massenblockaden verhindert. Mit diesem Erfolg ist die regelmäßige Neonazi-Großveranstaltung hoffentlich Geschichte. Wie kam es zu dieser Entwicklung?**

**Paula:** Die Bedingungen in Dresden waren tatsächlich denkbar ungünstig. In der Stadt wurde jahrzehntelang ein Opfermythos hochgehalten, wonach das unschuldige Dresden im Krieg völlig sinnlos zerstört wurde. Das verkennt natürlich alle historischen Tatsachen, war aber anschlussfähig für Neonazis und ihren Geschichtsrevisionismus. Parallel zum „stillen Gedenken“ der DresdenerInnen konnten Neonazis jahrelang ungestört marschieren. Stadt und Gerichte taten das Ihre, dass das auch so blieb. Auf linker Seite war die Protestkultur jahrelang extrem zerfasert und dadurch politisch handlungsunfähig. Erst 2009 trat mit dem Bündnis iNo pasarán! ein bundesweiter Akteur auf den Plan, diese Zustände zu verändern. Nach einer Demonstration im Februar 2009 initiierten wir das zivilgesellschaftliche Bündnis Dresden Nazifrei. Ziel war ein breit getragener, spektrumübergreifender und entschlossener Widerstand gegen den jährlichen Neonazi-Aufmarsch. Schon ein Jahr später konnten wir den Aufmarsch mit 12 000 Menschen aus der ganzen Republik blockieren. Nach dem Erfolg im letzten Jahr war das Thema in aller Munde und es ist uns 2011 gelungen, den Erfolg noch zu steigern. Allein aus Berlin sind wir mit 40 Bussen nach Dresden gefahren.

**Wie habt ihr es konkret geschafft, dass die Neonazis nicht laufen konnten?**

**Paula:** Uns war klar, dass es dieses Jahr sehr viel schwieriger als letztes Jahr werden würde. Deshalb haben wir uns auf ein mobiles Konzept statt statischer Blockaden verständigt. Die Polizeitaktik sah vor, unter allen Umständen eine Aufmarschzone für Neonazis freizuhalten. Wir mussten also enorme Anstrengungen vollbringen, um überhaupt zu dieser Zone durchzudringen und den Aufmarsch zu verhindern. Das ging schon am frühen Morgen los, als die Anreisenden von der Autobahnabfahrt aus in die Innenstadt laufen mussten. Dabei trafen diese Spontandemos immer wieder auf massive Polizeiabsperrungen, die es zu überwinden galt. Die Polizei ging dabei mit massiver Gewalt, Knüppeln, Wasserwerfern, Pfefferspray und -geschossen gegen friedliche DemonstrantInnen vor. Nur der großen Entschlossenheit der AntifaschistInnen ist es zu verdanken, dass es zeitweise bis zu zehn Blockaden mit mehreren hundert bis tausend Leuten gab und der Aufmarsch verhindert werden konnte. Doch der Preis war hoch: zahlreiche AktivistInnen wurden zum Teil schwer verletzt. Und noch ist unklar, wie viele BlockiererInnen Anzeigen und Anklagen in Kauf nehmen müssen.

**Welche Schlüsse zieht ihr aus der Mobilisierung und dem Verlauf des Tages für künftige Aktivitäten?**

**Paula:** Es hat sich gezeigt, dass ein solcher Erfolg nur spektrumübergreifend und mit einem gemeinsamen Ziel möglich ist. Die Blockaden in Dresden wurden von einer bunten Mischung von Menschen jeden Alters aus autonomen Gruppen, Gewerkschaften, Parteien, Jugend- und Studierendenverbänden, Kulturschaffenden etc. getragen.

Diese Breite war der Dreh- und Angelpunkt dafür, dass in Dresden ein Umdenken begonnen hat, was den Umgang mit den Neonazis und die Gedenkpolitik anbelangt. Doch der politische Druck muss jetzt natürlich vor Ort hochgehalten werden, damit die zaghafte Erkenntnis bei den Offiziellen nicht wieder vergessen wird. Ein anderer Schluss, den wir ziehen ist aber praktischer Natur: Nach der massiven Polizeigewalt an dem Tag müssen wir dafür sorgen, dass AktivistInnen sich zukünftig besser schützen. Antifaschistisches Engagement darf nicht zu solchen Verletzungen führen. Es muss deshalb offen über Schutzbrillen und Masken gegen Pfefferspray bzw. Pepperballs oder auch Schaumstoff-Matten gegen Bullenknüppel und bissige Hunde diskutiert werden.

**Das Bündnis Dresden Nazifrei wurde am Abend des 19. Februar massiver staatlicher Repression ausgesetzt. Kannst du kurz berichten, was vorgefallen ist?**

**Paula:** Dass die aktuellen Entwicklungen in Dresden dem Staat und seinen Repräsentanten nicht gefallen würden, war zu erwarten. Am Abend des 19. Februar gab es dafür die Quittung. Das Dresdener Haus der Begegnung wurde von SEK-Bullen über-

**DRESDEN  
STELLT SICH  
QUER**

fallen. Geschäftsräume der LINKEN, das Jugendprojekt „Roter Baum e.V.“ und eine Anwaltskanzlei wurden durchsucht. Die Anwesenden wurden zum Teil stundenlang festgehalten und von den Bullen erniedrigt. Arbeitsmaterialien der Presse-Gruppe des Bündnisses wurden beschlagnahmt. Die Durchsuchung richtete sich gegen das Bündnis Dresden Nazifrei, dem die Vorbereitung von Straftaten und Landfriedensbruch vorgeworfen wurden.

Im Nachgang der Aktion kam heraus, dass schon seit Oktober 2010 gegen das Bündnis ermittelt wird. Dabei wird der perfide Schnüffel-Paragraf 129 - also „Bildung einer kriminellen (!) Vereinigung“ - angewendet. Dieser erlaubt Bullen und Staatsanwaltschaft weiträumige Ermittlungen bis ins tiefste Privatleben von politischen AktivistInnen. Im Wesentlichen sollen damit linke Strukturen ausspioniert und die Zusammenarbeit von bürgerlichen und linksradikalen BündnispartnerInnen diskreditiert werden. Aber diese Spaltung wird nicht gelingen. Eine entsprechende Solidaritätserklärung fand bereits zahlreiche UnterstützerInnen.

**Zum Abschluss wollen wir noch eine ganz andere Frage stellen. Was bedeutet der arabische Schriftzug auf eurem Plakat zur revolutionären 1. Mai-Demo?**

**Paula:** Das heißt auf deutsch „Auf geht's" oder „Los geht's". Wir beziehen uns damit solidarisch auf die Kämpfe der Menschen in Ägypten, Tunesien und anderen arabischen Staaten. Gleichzeitig wenden wir uns damit an die arabisch-sprachige Community insbesondere in Kreuzberg und Neukölln. In Zeiten von anti-muslimischem Rassismus und sozialer Hetze gegen MigrantInnen und die so genannte Unterschicht ist es notwendig, Zeichen zu setzen gegen Diskriminierung, Ausgrenzung und Chauvinismus. Und das natürlich nicht nur auf Plakaten.

# Kapitalismus ohne Krieg gibt's nicht mal bei Ebay

→ „Kein Frieden - Keine Arbeit!" Das war die Parole von 25 000 US-amerikanischen Hafnarbeitern am 1. Mai 2008. Sie bestreikten 29 Häfen von San Diego in Südkalifornien bis Seattle im US-Staat Washington und forderten den sofortigen Rückzug der US-Truppen aus dem Irak. Die Be- und Entladung der Schiffe war völlig zum Erliegen gekommen. In San Francisco versammelten sich die Hafnarbeiter gemeinsam mit mehreren hundert Kriegsgegnern und demonstrierten gegen den Krieg in Afghanistan und Irak.

Tag des Zorns! Das ist unsere Parole am 1. Mai 2011. Die Kämpfe in anderen Ländern bringen nicht unbedingt die Massen hier in Bewegung, aber sie zeigen doch die enorme Macht, die eine entschlossene ArbeiterInnenklasse gegen die herrschenden Kriegsprofiteure einsetzen kann.

Auch Deutschland führt wieder Krieg und treibt die Kriegspolitik der imperialistischen Staaten voran. Deutschlands Geschichte ist eine Geschichte von Krieg zu Krieg. Allein die im 20. Jahrhundert Geborenen litten und starben millionenfach in zwei verheerenden Weltkriegen. Wem nützen die Kriege und wer ist das Kanonenfutter? Immer ging und geht es um Machtzuwachs der herrschenden Klasse, um Ausdehnung von Territorien, um profitable Märkte für die kapitalistische Produktion. Und immer sind es die unteren Klassen, die auf den Schlachtfeldern töten und sterben müssen für die Interessen einer herrschenden Minderheit. Im gegenwärtigen Krieg in Afghanistan gibt es einen erschreckend hohen Anteil von Arbeitslosen aus dem deindustrialisierten Osten Deutschlands. Sozialabbau und soziale Perspektivlosigkeit waren schon immer die beste Rekrutierungshilfe für das Militär.

Wir können weit in die Geschichte zurückblicken. Immer hat Deutschland die Kriege mit Lügen und Vorwänden begonnen und andere Völker angegriffen, um sich ihr Land und ihre Reichtümer einzuverleiben. Nie ging es um Verteidigung und das Verteidigungsministerium war immer ein Kriegsministerium, der Verteidigungsminister immer ein Kriegsminister und die Soldaten und Soldatinnen töten und sterben nicht für „Ruhm und Ehre des Vaterlandes" oder für die „Verteidigung der Demokratie und der Menschenrechte", sondern für die Eroberung und Sicherung von Ressourcen, die in anderen Ländern liegen.



**Ausbeutung und Krieg sind untrennbar verbunden.**

Seit 1999 nun befindet sich Deutschland als Teil der NATO wieder im Krieg. Wieder ist es gelungen, die Soldaten und Soldatinnen zum Töten in andere Länder zu schicken, um dort gesellschaftliche Strukturen für die besten Profitbedingungen der Konzerne militärisch zu erzwingen. Heute ist die Bundeswehr aktuell mit über 6 500 Soldaten weltweit an Kriegseinsätzen beteiligt. In Afghanistan, im Kosovo und vor der Küste Somalias setzt sie die Interessen des deutschen Kapitals durch und sichert den Zugang zu Rohstoffen, Handels-

wegen und Absatzmärkten. Die Rüstungsindustrie boomt und die BRD nimmt momentan den dritten Platz der weltweit größten Waffenexporteure ein. Kriegsproduktion ist ein äußerst lukrativer Wirtschaftszweig. In vielen Konzernen, die einen militärischen und zivilen Produktionszweig haben, wird auf die Kriegsproduktion gesetzt. Das Management bei Boeing und EADS/Airbus reagierte mit einer Verschiebung zu Gunsten des militärischen Geschäfts. ThyssenKrupp setzt verstärkt auf die Marine und Rheinmetall baut das Panzer- und Munitionsgeschäft aus. Die drastische Zunahme des internationalen Waffen- und Rüstungshandels ist ein klares Indiz für die Zunahme militärischer Konflikte in Zukunft. Die „Weltordnung" der Konzerne wird gegen den Widerstand anderer Völker, aber auch der eigenen Bevölkerung mit Waffengewalt hergestellt und aufrechterhalten. Der Einsatz der Bundeswehr im Innern wird leise und stetig ausgeweitet. Noch gibt es keine klaren Gesetze für den innergesellschaftlichen Einsatz der Armee, aber sie sind in Arbeit. Der Militarismus dringt immer weiter in die Gesellschaft ein. Er zerstört humanistisches Denken, stärkt den Rassismus und spielt dem Faschismus in die Hände.

**Eine gemeinsame Front gegen den Militarismus aufbauen!**

Der Kampf gegen Krieg und Militarismus ist von zentraler Bedeutung. In der politischen Bewegung außerhalb der Betriebe hat der Antimilitarismus in den letzten Jahren wieder Aufwind gewonnen. Die internationale Mobilisierung gegen den NATO-Gipfel in Strasbourg 2009, die militanten Aktionen gegen Bundeswehrfahrzeuge, die Elterninitiativen gegen die Bundeswehrpropaganda in den Schulen, der Protest von Studierenden gegen die militärische Forschung und Lehre an den Universitäten und viele weitere Aktionen gegen die „Normalisierung" von Krieg und Militarismus reichen aber alleine nicht aus. Auch in den Betrieben muss die Kriegspolitik eindeutig zurückgewiesen werden.

**Der Krieg beginnt in der Produktion!**

Die Gewerkschaftsführungen haben eine doppelböde Haltung zum Antimilitarismus. Die IG-Metall schreibt sich einerseits „Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung" auf die Fahnen, aber konkret fordern die Betriebsräte der deutschen Rüstungsbetriebe mehr Engagement vom Staat für den Waffenexport und den Standort Deutschland in der Kriegstechnik, um den Abbau der Arbeitsplätze in der Kriegsproduktion zu verhindern. So wie Feuer nicht mit Öl gelöscht werden kann, so kann Frieden und Völkerfreundschaft nicht durch Kriegsproduktion erreicht werden. Die soziale Sicherheit der deutschen ArbeiterInnenklasse durch den Export von Tod und Elend für Andere zu

erreichen untergräbt nicht nur jede internationale Solidarität, sondern ist zutiefst chauvinistisch. Das kapitalistische System kommt nicht ohne Krieg aus seinen Krisen und das macht die Kriegsproduktion für das Kapital notwendig. Alle klassenkämpferischen Kräfte in den Rüstungsbetrieben sollten sich der mutigen Beispiele aus dem ersten und zweiten Weltkrieg erinnern, die zeigen wie Kriegsproduktion zumindest behindert und verlangsamt werden kann. Am 1. Mai 2011 alle gemeinsam auf die Straße für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Krieg. No war but classwar!



# Ägypten: Die Revolution ist noch nicht zu Ende.

Die Arbeiterklasse drängt auf ein anderes Leben.

→ Der Sturz Mubaraks hat die Lage in Ägypten nicht beruhigt. Das Militär hatte gehofft, mit der Entmachtung Mubaraks und der diskreditierten Figuren der Diktatur sowie einigen Versprechungen würde Ruhe einkehren. Doch alle Aufrufe, sich zu gedulden und wieder an die Arbeit zu gehen, blieben fruchtlos. Auch Verbote und prügelnde Militärpolizei halfen nicht.

besonders nach 2004, beschleunigte das Mubarakregime die Privatisierung der zuvor sehr weitgehend verstaatlichten Wirtschaft. Ägypten öffnete sich internationalen Investoren. Besonders die Spitzenmilitärs und Mubaraks Günstlinge profitierten. In den Betrieben wurden die Daumenschrauben angezogen. Es kam zu Massenentlassungen. Abgedeckt und flankiert wurde diese Politik durch

nen beteiligt. Dabei ging es in der Regel um nicht eingehaltene Zusagen für Prämienzahlungen, Lohnforderungen, um Sozialleistungen und von Arbeitgebern gebrochene Verträge. Seit Februar 2010 fanden vor dem Parlament fast täglich kleinere Protestaktionen von Arbeitern statt. Das wichtigste Resultat dieser Aktionen war die Überwindung der Angst vor dem Regime und seinem Terror.

den 6. April 2008 riefen die Arbeiterinnen erneut zum Streik auf, um höhere Löhne durchzusetzen. Ein Massenaufgebot der Bereitschaftspolizei besetzte den Betrieb und verhinderte den Streik. Dennoch demonstrierten am Nachmittag mehr als 20.000. Die Polizei zerschlug die Demonstration. Drei Demonstranten wurden ermordet. Die Streikaktionen wurden von einer Jugendinitiative im

Auch ohne tatsächlichen Generalstreik kam das wirtschaftliche Leben zum Stillstand. Täglich wurde in 60 bis 70 Betrieben gestreikt. Nachdem dann die Repression der Bewegung durch bezahlte Schlägerbanden des Regimes nahezu überall scheiterte - in den Industriezentren holten sich die Polizei und die mit ihnen vorgehenden Schlägerbanden blutige Nasen, bröckelte das Regime. Das Militär entschloss sich erst dann, Mubarak fallen zu lassen. Die Arbeiter wollten aber mehr. Sie fordern die Aufhebung des seit Jahrzehnten andauernden Ausnahmezustandes, die Freilassung der politischen Häftlinge, eine neue Verfassung, den Rückzug des Militärs in die Kasernen, demokratische und gewerkschaftliche Rechte. Sie fordern angesichts der dreißigprozentigen Verteuerung der Grundnahrungsmittel im vergangenen Jahr einen Mindestlohn, mit dem Familien überleben können. Sie wollen nicht warten. Auf die Lamentos des Militärs und der anderen Wirtschaftsvertreter, die Forderungen seien nicht finanzierbar antworten sie, diese sollten die auf allen Führungsebenen veruntreuten Milliarden zurückholen.

## Der Frühling der vom Staat unabhängigen Gewerkschaftsbewegung

Erst nachdem Streikverbote und Repression nicht fruchteten, bequeme sich das Militär Mitte März zu weiteren Zugeständnissen. Ein neuer Arbeitsminister und der Finanzminister versprachen innerhalb der nächsten drei Monate einen fairen Mindestlohn festzulegen. Unabhängige Gewerkschaften sind jetzt legalisiert worden. Die Standards der Internationalen Arbeitsorganisation sollen auch in Ägypten eingehalten werden. Die ägyptische Arbeiterklasse macht dennoch weiter Druck. Nach wie vor wird täglich in etwa 40 Betrieben gestreikt, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen. Gleichzeitig geht die Selbstorganisation voran. Aus spontan gebildeten Streikkomitees bilden sich immer häufiger Initiativgruppen zur Bildung unabhängiger betrieblicher Gewerkschaftsorganisationen. Hunderte solcher Initiativen haben mit den ersten unabhängigen Gewerkschaften Kontakt aufgenommen. Neue Gewerkschaften entstehen in der Stahlindustrie, im Transportwesen, in der Textilindustrie, der Post, in Banken und Versicherungen, den Medien, nahezu in allen Branchen.



Die Jugend, aber mehr noch die Arbeiterklasse, will Taten sehen. Mubaraks Diktatur, das war für sie nicht nur staatliche und polizeiliche Willkür. Das waren Hungerlöhne unter der absoluten Armutsgrenze; das waren von korrupten Kostgängern des Regimes veruntreute Lohnfonds und Firmengelder; das waren Korruption und Vetternwirtschaft in großem Maßstab - nicht zuletzt auch in den von Generälen verwalteten Betrieben der Armee, die ca. 30 Prozent der ägyptischen Wirtschaft kontrolliert.

## Massenstreiks als Wegbereiter der Revolution

Streikende Arbeiterinnen und Arbeiter bildeten nicht nur das in hiesigen Massenmedien mit Stillschweigen übergangene Rückgrat der ägyptischen Revolution. Sie haben sie auch vorbereitet. Seit Ende der neunziger Jahre, aber

den mit dem Staat und Mubaraks Partei verschmolzenen Gewerkschaftsverband ETUF (Ägyptischer Gewerkschaftsverband). Dieser lässt zur Finanzierung seines Apparats durch die Arbeitgeber von jedem Lohn (Zwangs-) Beiträge für die ETUF einziehen. Zum Dank bekämpft deren Apparat seit vielen Jahren jeden Ansatz zum Widerstand der Beschäftigten von unten. Bezeichnend ist, dass die ETUF-Führung nach dem 25. Januar alles versuchte, die Beteiligung von Arbeiterinnen und Arbeitern an der Revolution zu verhindern.

Genützt hat das alles nichts. Der Widerstand gegen Entlassungen, Willkür und Lohnrückerei hat den Widerstand von Anfang an angefangen. Seit 1998 haben sich über zwei Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter an mehr als 3.300 Fabrikbesetzungen, Streiks und Demonstrationen

Die wichtigsten Aktionen fanden seit Dezember 2006 in Mahalla al Kubra statt, dem Zentrum der ägyptischen Textilindustrie. In der Misr Weberei (25.000 Beschäftigte, hauptsächlich Arbeiterinnen) wurde die Fabrik im September 2007 zeitweilig besetzt. Die Initiative dazu ging von Linken aus, die sich zum gemeinsamen Kampf miteinander verbündeten. Die Streikenden bildeten einen Sicherheitsdienst und schlossen das Management aus. Sie verlangten im Dezember 2006 versprochene Prämienzahlungen und die Entlassung von Managern, die das Geld veruntreut hatten. Außerdem forderten sie den Rücktritt von ETUF-Funktionären aus dem Arbeiterausschuss. Da das Mubarak-Regime angesichts der damals rasant steigenden Lebensmittelpreise das Übergreifen des Streiks fürchtete, machte es auf allen Ebenen Zugeständnisse. Für

Internet unterstützt. Diese nannte sich danach Bewegung des 6. April. Sie rief als erste zur Demo vom 25. Januar 2011 auf. Mit ihr begann die Revolution.

## Streiks zwingen das Regime in die Knie

Die ersten neu gegründeten, unabhängigen Gewerkschaften riefen bereits am 30. Januar, fünf Tage nach der ersten großen Massendemonstration, zum Generalstreik auf. Seitdem herrschte in der ägyptischen Wirtschaft der Ausnahmezustand. Arbeiter beteiligten sich massenhaft an Demonstrationen. In den Zentren der ägyptischen Industrie stellten sie die große Mehrheit der Demonstranten. Am 1. Februar gingen nicht nur in Kairo über eine Million Menschen auf die Straße. In Suez beteiligten sich 300.000, in Alexandria 500.000, später eine Million, in Mansoura 250.000 und in Mahalla El Kubra ebenfalls 250.000.

## Anti-Gewerkschaftsgesetz in den USA

→ Der Filmemacher Michael Moore sagte in seiner Rede in Wisconsin vor Tausenden Demonstranten: „Ihr in Wisconsin habt den schlafenden Riesen geweckt, die Werktätigen der USA. Schon bebte die Erde unter den Füßen derer, die das Sagen haben.“ 17 Tage und Nächte hatten Protestierende das Kapitol in Madison, der Hauptstadt von Wisconsin besetzt. Sie kämpften gegen ein Gesetz, das die gewerkschaftlichen Rechte der öffentlichen Angestellten massiv einschränkt. Das Gesetz sieht unter anderem vor, dass die öffentlichen Angestellten nicht mehr kollektiv über ihre Renten und Gesundheitsvorsorge verhandeln dürfen. Bei Lohnverhandlungen ist es den Gewerkschaften verboten, Forderungen

zu erheben, die über den Teuerungsindex hinausgehen. Das Gesetz ist eine Initiative des republikanischen Gouverneurs Scott Walker, der Mitte Februar die Nationalgarde in Bereitschaft versetzte, um den Widerstand gegen sein Gesetz niederzuschlagen. 14 SenatorInnen der Demokraten hatten den Bundesstaat verlassen, um die Verabschiedung im Senat mangels Anwesenheitsquorum unmöglich zu machen. Walker hatte sogar die Polizei mit Haftbefehl nach den untergetauchten Senatoren suchen lassen. Die Republikaner konnten das Gesetz dann trotzdem verabschieden, da sie einige Forderungen aus dem Gesetzesvorschlag, die abstimmungspflichtige Passagen enthielten, entfernten. Auch in anderen US-Bundesstaaten, in denen anti-gewerkschaftliche Gesetze verabschiedet werden sollen, ist es zu großen Protesten gekommen.

## Europaweite Angriffe auf das Streikrecht

→ Mit dem europäischen „Wettbewerbspakt“ genannt „Euro-Pakt“ unter der Führung der deutschen Regierung soll die europäische Wirtschaft in die Lage versetzt werden, sich auf dem Rücken der Beschäftigten in der globalen Konkurrenz durchzusetzen. Die Angriffe richten sich nicht nur gegen die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Beschäftigten und gegen die Systeme der sozialen Sicherung in Europa, sondern sie richten sich auch direkt gegen ihre Vereinigungsfreiheit und das Streikrecht. Die größte französische Abendzeitung „le monde“ schrieb am 15. März 2011: „Europa legt dieselben ökonomischen Prioritäten fest wie einst das Regime von Ben Ali in Tunesien, das sich rühmte, das wettbe-

werbsstärkste und konkurrenzfähigste Land auf dem afrikanischen Kontinent zu sein. Erreicht wurde dieses Ziel durch die Zunahme sozialer Ungleichheit und der massiven Erwerbslosigkeit der Jugend. Aber für Deutschland kommt dieser Pakt nicht nur aus dem Willen heraus, sein Modell dem Rest von Europa aufzuzwingen, sondern ist eine notwendige Bedingung, um die ökonomische Vorherrschaft langfristig in Europa zu sichern.“ Selbst John Monks, Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbunds findet heftige Worte: „Es handelt sich nicht um einen Pakt für die Wettbewerbsfähigkeit, sondern um einen schädlichen Pakt, um das Lebensniveau zu senken, noch mehr Ungleichheit und noch mehr prekäre Arbeit hervorzubringen. (...) Europa gefährdet sein soziales Modell und das Prinzip der Autonomie von Tarifverhandlungen.“

- ↘ In Italien wird bei Fiat der stärksten Metall-Gewerkschaft (FIOM) das Messer auf die Brust gesetzt: Entweder verschlechterte Arbeitsbedingungen zu akzeptieren oder als Verhandlungspartner aus den Fabriken verbannt zu werden.
- ↘ In Spanien wird der Streik der Fluglotsen mit dem Einsatz von Militär beendet und die Streikenden kriminalisiert. Streikende Andalusische Landarbeiter stehen vor Gericht und müssen mit Gefängnisstrafen rechnen.
- ↘ In Deutschland versucht eine Initiative von DGB und BDA mit dem Gesetzentwurf zur „Tarifeinheit“, das Streikrecht einzuschränken (Siehe Seite 2)
- ↘ In Polen werden kleine kämpferische Gewerkschaften bedroht und ihre Mitglieder angegriffen.





**Termine**

**Videokundgebung**  
**„Internationale Kämpfe im Betrieb und auf der Straße“**  
 Mit Videoclips zu Aktionen in Frankreich, USA, Ägypten, China und der BRD. Außerdem Informationen zum 1. Mai.  
 Do, 21.4., 20.30 Uhr  
 am Rathaus Neukölln

**Videokundgebung**  
**„Der Kapitalverwertung eine Grenze setzen“**  
 mit Film „Großer Aufwasch im Subunternehmen“ über Streiks von Putzkräften in Frankreich, mit Beiträgen zu Betriebs- und Stadtkämpfen sowie Infos zum 1. Mai  
 Mi, 27.4., 21.00 Uhr am Boxhagener Platz, Berlin Friedrichshain

**Veranstaltung**  
**„Europaweite Angriffe auf das Streikrecht - Wir wehren uns gemeinsam!“**  
 mit Vertretern der Gewerkschaften FIOM, CUB (Italien), CGT, SAT (Spanien), SUD (Frankreich), Serpiem 80, Inicjatywa Pracownicza (Polen)  
 Fr, 29.4., 18.30 Uhr im „Südblock“ Admiralstraße 1-3, 10999 Berlin und Workshops am Samstag 30. April ab 10.00 Uhr im Haus der Demokratie, Greifswalderstr. 4, 10405 Berlin  
 Organisiert vom Forum Betrieb, Gewerkschaft und soziale Bewegung, Berliner Bündnis für Gewerkschaftsfreiheit, Arbeitskreis Internationalismus IG Metall Berlin

**Heraus zum 1. Mai**  
 9.00 Uhr Klassenkämpferischer Block auf der DGB-Demo, Wittenbergplatz, Keithstr. 1-3  
 18.00 Uhr Klassenkämpferischer Block auf der Revolutionären 1.-Mai-Demonstration Kottbusser Tor, Kreuzberg

**Veranstaltung**  
**„Arbeiter von Conti in Ecuador und Euzkadi Mexico berichten“**  
 des Arbeitskreis Internationalismus der IG Metall Berlin  
 Mi, 4.5., um 17.00 Uhr im IG Metall-Haus, Raum E02, Alte Jakobstraße 149, 10969 Berlin Kreuzberg (U-Hallesches Tor)

**Veranstaltung**  
**Schwerpunkt: Modernisierung**  
 Organisiert von der Stadtteilinitiative Schillerkiez und der Berliner Mietergemeinschaft  
 Mi, 4.5., 18.30 Uhr in der Evangelischen Schule, Schillerpromenade 16

**Veranstaltung**  
**Klassenkämpfe - kalter Kaffee oder aktuell wie nie?**  
 Mit Beiträgen von Werner Seppmann (Autor von „Krise ohne Widerstand“ und „Die verleugnete Klasse“) und Willi Hayek (Autor und Basisaktivist aus Berlin) und der Initiative für den Klassenkämpferischen Block auf den 1.-Mai-Demos.  
 Organisiert vom Roten Abend gemeinsam mit dem Klassenkämpferischen Block  
 Mi, 16., 20.00 Uhr im Stadteilladen Zielona Gora, Grünberger Str. 73, Berlin Friedrichshain

**Impressum**  
**Herausgeber:**  
 Klassenkämpferischer Block  
**Mehr Infos:**  
 klassenkampfblock.blogspot.de  
 V.i.S.d.P.: M. Grüneberg, Skalitzer Str. 43, 10997 Berlin

# 1. Mai in Kreuzberg

warum ich zur revolutionären 1.-Mai-Demonstration gehe?

→ **Klassenkampf - meine Arbeitskollegin ist wenig überzeugt, als sie von meinen 1.-Mai-Plänen erfährt. Sie versteht die Abenddemo vor allem als Event von Randalierern. Eigentlich verstehen wir uns sonst gut und halten gemeinsam gegen die Chefs zusammen. Sie akzeptiert auch meine linke Politik. Ich mach mir Gedanken über ihre Ablehnung.**

In den Medien wird jedes Jahr die Stimmung im Vorhinein aufgeheizt. Es geht vor allem um Straßenschlachten, Chajoten und Gewalt. Das setzt sich in den Köpfen der Menschen fest. Der 1. Mai dient inzwischen als Tourismus-Marketing und wird so seines politischen Inhaltes beraubt. Randalie als Ritual, das lockt massenhaft Schaulustige und Eventtouristen an. Vor einigen Jahren hatte der Senat die grandiose Idee, zusammen mit den AnwohnerInnen ein gratis Myfest zu organisieren, um die Gewalt zu durchbrechen. Zunächst schien die Befriedung zu klappen. Aber inzwischen hat sich das Myfest zum Bumerang entwickelt. Tausende abenteuerlustige Touristen werden dadurch angelockt, sie wollen richtig dick Party in Kreuzberg feiern.

Schauen wir mal zurück zum Anfang. Als am 1. Mai 1987 die erste Tränen-

gasgranate gezielt mitten auf einen Kinderspielplatz gefeuert und so ein alternatives Straßenfest von 20 000 Menschen am Lausitzer Platz gewaltsam beendet wurde, war ich gerade mit meiner Tochter dort zum Spielen. Vielleicht war es von Anfang an das Ziel, dieses bei der Bevölkerung und in der linken Bewegung sehr beliebte, seit Jahren stark besuchte Straßenfest zu zerstören. Denn hier wurden mit Kultur und Spiel viele politische Themen thematisiert, die den Menschen auf den Nägeln brannten.

Und heute? Eine politische Aussage auf der 1.-Mai-Demo ist als Antwort auf die bürgerliche Medienpropaganda wichtig geworden. Es gibt einen Haufen Dinge, die mir und vielen anderen nicht passen, von denen wir direkt betroffen sind. Da ist zum Beispiel der Verkauf von Mietshäusern, worauf oft eine Luxusmodernisierung folgt. Dadurch werden die Menschen, die die steigenden Mieten nicht mehr zahlen können, verdrängt. Oder die

permanente Diffamierung von Hartz-IV-EmpfängerInnen, der tägliche Rassismus, den die MigrantInnen erleben müssen. Es gibt aber noch viel mehr, was mir und allen die um 18 Uhr demonstrieren nicht gefällt. Da sind zum Beispiel explodierende Atomkraftwerke und zynische Manager, die Lügen verbreiten; Cruise Missiles auf Hochzeitsgesellschaften in

**Es geht am 1. Mai nicht um Gewalt. Es geht um ein anderes System. Das müssen wir gemeinsam erstreiten. Nur jenseits des Kapitalismus können wir letztlich unsere Interessen durchsetzen. Dabei sollte klar sein, dass eine Revolution kein Partyevent ist, sondern bedeutet einen organisierten Kampf zu führen.**

Kandahar; Finanzkrisen, die die ArbeiterInnen bezahlen; Arbeitsbedingungen, die die Gesundheit zerstören, bevor man auch nur annähernd ins Rentenalter kommt.

All das und noch viel mehr wird auf der revolutionären Abenddemo thematisiert.

Aber vor allem der großen Zusammenhang von all dem und auch die Frage nach der Alternative, der Revolution. Eine andere Gesellschaft ist möglich, aber leider nicht zum Nulltarif zu haben. Das Recht für eine andere Gesellschaft auf die Straße zu gehen, müssen wir immer wieder durchsetzen. Die Medien verbreiten ein großes Geschrei über die Gewalt, um eine Stimmung gegen die revolutionäre Demo in der Bevölkerung zu erzeugen. Nach der Zerstörung von politischen Maifesten in den 80er Jahren, wird bei neuerdings wieder steigender Beteiligung an der Demonstration über die Gewaltdebatte versucht, den revolutionären 1.Mai zu kriminalisieren.

Nein, meine Kollegin liegt falsch. Es geht am 1. Mai nicht um Gewalt. Es geht um ein anderes System. Das müssen wir gemeinsam erstreiten. Nur jenseits des Kapitalismus können wir letztlich unsere Interessen durchsetzen. Dabei sollte klar sein, dass eine Revolution kein Partyevent ist, sondern bedeutet einen organisierten Kampf zu führen.

Bis wir in Deutschland dahin kommen, ist es noch ein langer Weg. Aber wir haben keine andere Wahl, als mit vielen, kleinen Schritten anzufangen. Ein erster Schritt kann am 1. Mai um 18 Uhr zum Kottbusser Tor in den Klassenkämpferischen Block führen.

## Klassenkämpferischer Block

Wer wir sind & was wir wollen

→ **Unsere Initiative will zu einer Stärkung von klassenkämpferischen und antikapitalistischen Positionen beitragen. Wir wollen mit unserem klassenkämpferischen Block versuchen, die Trennung zwischen den Auseinandersetzungen in den Betrieben und auf dem Arbeitsamt, und den anderen politischen Kämpfen zu überwinden.**

Der klassenkämpferische Block wird von linken Gruppen, GewerkschaftsaktivistInnen und Einzelpersonen getragen, die im Betrieb, bei Initiativen gegen Hartz IV und verschiedenen anderen politischen Kämpfen wie der Anti-Kriegsbewegung aktiv sind. Statt der Selbstdarstellung von einzelnen politischen Gruppen, setzen wir auf einen gemeinsamen internationalistischen und klassenkämpferischen Ausdruck. Auf der DGB-Demonstration am 1. Mai

wollen wir Kämpfe von BasisaktivistInnen thematisieren, die sich gegen die zunehmende Verschlechterung am Arbeitsplatz zur Wehr setzen und beispielsweise gegen die Angriffe auf das Streikrecht, gegen miserable Arbeitsbedingungen oder Entlassungen aktiv sind.

Wir rufen dazu auf, sich bei der Gewerkschaftsdemonstration und bei der revolutionären 1.-Mai-Demonstration am klassenkämpferischen Block zu beteiligen. Fast alle sozialen und politischen Konfliktfelder, die Verschlechterung unserer Lebens- und Arbeitsbedingungen, haben eine gemeinsame Wurzel: die kapitalistische Produktionsweise, die nach und nach Alles der Profitlogik unterwirft. Diese Ordnung nützt nur der herrschenden Klasse: den Unternehmern und den Verwaltern dieses

Systems. Eine gewerkschaftliche und politische Strategie, die sich den Sachzwängen von Wettbewerbsfähigkeit und Standortlogik verpflichtet, kann keine Perspektive für die Klasse der Lohnabhängigen entwickeln, sondern führt nur zu größerem Verzicht, zu Ohnmacht und weiterer Defensive. Angesichts der (noch) vorherrschenden Schwäche der klassenkämpferischen Bewegung innerhalb der Betriebe und der marginalen Rolle der linken Kräfte, ist es sicherlich nicht einfach, unsere Ziele zu erreichen. Um aus der Individualisierung, Vereinzelung und Passivität herauszukommen, müssen wir uns selbst organisieren und den Kampf für unsere Interessen in die eigenen Hände nehmen. Eine Verbindung der verschiedenen Kämpfe ist notwendig, um Spaltungen zu überwinden und an Stärke zu gewinnen.

**Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen.**

**Gaddafi: Wir schießen Urlaubsflieger ab**

**Deutsche AKW: die sichersten auf der Welt**

**Alle kampfbereit - außer Deutschland**

**Linke Gewalt schwer im Kommen**

**Israel: Einzige Demokratie im Nahen Osten**

**Sanktion-Debatte: Deutsche arbeiten demografisch an ihrem Verschwinden**

**Jetzt am Kiosk.**

**Die Tageszeitung**  
**junge Welt**  
 Gegründet 1947 · Sonnabend/Sonntag, 26./27. März 2011 · Nr. 72 · 1,70 Euro · PPS: A8002 · Engelt bezahlt

**Betrugsrekord: SO WIRD BEI HARTZ IV ABGEZOCKT!**

**Streit um »Stuttgart 21« gefährdet Zukunftsfähigkeit**

**Letzte Warnung**  
 Kein Fiktion mit »Brückentechnologie« oder »Zukunft« wegen Japan. Das Orakel von Ludwigshafen, Helmut Kohl, sagt der Kanzlerin: Die Kernenergie gehört zum Leben - auch zu Ihrem. **Seiten 2, 5 und 8**

**Euro-Krise**  
 Staats- und Regierungschefs beschließen Reformpaket nach deutschen Rezepten. Von Rainer Rupp

**Globalökologie**  
 Vom Wert der Natur. Eine politische Perspektive. Von Kuczyński. Siehe auch S. 10

**Spitzelkonjunktur**  
 Die Bundesregierung will mehr menschliche Quellen in linken Organisationen schleusen

**Milliardenklage**  
 Vor fünf Jahren verkaufte Dresden 48.000 Wohnungen an die Gagah und droht jetzt mit Gericht

**BDI-Geschäftsführer tritt zurück**  
 BDI: Der Hauptgesch des Bankaktivisten + schen Industrie (BDI).

**Neue kreative Kriege**

**... oder gleich hier im Probeabo**

Bitte schicken Sie mir oder folgender Person die Tageszeitung **junge Welt** für drei Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.

Ja, ich bin damit einverstanden, daß Sie mich zwecks einer Leserbefragung zur Qualität der Zeitung, der Zustellung und zur Fortführung des Abonnements telefonisch kontaktieren. (jW garantiert, daß die Daten ausschließlich zur Kundenbetreuung genutzt werden.)

Frau  Herr

Name

Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Datum  Unterschrift

Die Belieferung soll ab Montag, den  beginnen.

**Coupon einsenden an:** Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin, oder faxen an die 0 30/53 63 55-44

www.jungewelt.de/abo/3wochenprobeabo • Aboseltelefon: 0 30/53 63 55-50